

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Verlagspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Vorbestellung 1,00 Mk. für die Woche, 4,10 Mk. für den Monat, 12,00 Mk. für den 3. Monat, 36,00 Mk. für den 6. Monat, 66,00 Mk. für den 1. Jahrgang. Durch die Post 8,10 Mk. für den Monat, 24,00 Mk. für den 3. Monat, 48,00 Mk. für den 6. Monat, 84,00 Mk. für den 1. Jahrgang. Verlagsanstalt: Verlag v. G. m. b. H., Breslau, Reichelstr. 23/24. Tel. Nr. 2277.

Sonnabend, den 27. August 1921

Anzeigenpreis: Die 6-spaltige Mittelzeile über dem Namen 0,30 Mk. darunter 0,20 Mk. Stellen- und Wohnungsanzeigen, Familiennachrichten, Gesetze und Bekanntmachungen 0,40 Mk. Rechts: Die 6-spaltige Zeile über dem Namen im 1. und 2. Spalte 0,20 Mk.

Der Parteitag der VKPD. in Jena.

Fortsetzung der Debatte über den Weltkongress und die Märzaktion.

Die nächsten Aufgaben der Partei, die Aussprache über den Weltkongress und die Märzaktion wurden am dritten Verhandlungstag auf dem Parteitag zu Ende geführt. Ueber den Weltkongress selbst lagen dem Parteitag vier Resolutionen vor, die in der Redaktionskommission zu einer verschmolzen wurden. Um die letzte Abfassung der Resolution wird augenblicklich noch gekämpft. Die Abstimmung ist ausgesetzt bis zur Donnerstagsitzung. Es kann jedoch schon jetzt ausgesprochen werden, daß erhebliche Differenzen mit bedenklichen Schlußfolgerungen in der Bewertung der Resolution nicht zu fürchten sind. Es ist ein Kampf um taktische Formulierung resp. Verschärfungen, der von der nordwestlichen Ecke noch einmal eingeleitet hat. Bewertet man die Debatte über den Weltkongress, so fällt zunächst auf, daß der theoretischen Grundlage, die in Moskau geschaffen wurde, keine andere Theorie entgegengesetzt werden konnte. Es ist also schlechterdings nicht möglich, Gruppierungen innerhalb der Partei nach rechts oder links vorzunehmen. Die Theorie der kommunistischen Internationale ist kommunistisch. Nach den erfolgten Auseinandersetzungen auf dem Parteitag muß auch die Kampfbasis der Partei eine kommunistische sein. Vor dem Ausschluß der Levigruppe hatte die Rechte eine Theorie, nämlich eine sozialdemokratische. Durch den Ausschluß der Mitarbeiter Levis hat sich diese Theorie zunächst für die Partei erledigt. Die Auseinandersetzungen auf dem Parteitag über die Resolution zum Weltkongress gehen deshalb um mehr oder weniger scharfe Formulierungen der kommunistischen Theorie. Es ist damit natürlich nicht gesagt, daß die Partei innerlich wie aus einem Guß geformt daheht. Es sind bestimmte Strömungen, die immer lebendig sein werden. Es ist Sache der kommunistischen Arbeiter, die Symptome dieser Strömungen zu erkennen und gegen sie anzukämpfen mit rücksichtsloser Schärfe, wenn sie die Schlagkraft der Partei gefährden.

2. Verhandlungstag. Nachmittagsitzung.

Genossin Braunthal:

Lassen Sie mich nur ein paar Worte sagen über die geleistete Arbeit der Frauen in der Partei, weil es nicht von den Genossen geschieht. Wir wollen einmal anknüpfen an die

Märzaktion, wo die Frauen in Mitteldeutschland sich in jeder Beziehung der Aktion, der Partei zur Verfügung gestellt

und ihre Pflicht als Klassenbewußte Kämpferinnen erfüllt haben, und auch dafür ins Zuchthaus und in die Gefängnisse gesperrt worden sind. Wir haben Berichte aus Königberg, wo die Genossinnen im Landtag den Antrag eingebracht haben wegen Verbilligung der Milch und gleichzeitig eine großzügige Propaganda entfalten und Tausende von Unterschriften gesammelt haben von den Proletarierfrauen. Auch in Kiel haben die Genossinnen die drohende Milchpreiserhöhung benützt, um für die Interessen der Frauen zu kämpfen. Es wäre zu verzeichnen, daß wir besonders in Berlin mit den Arbeiterinnen eine gute Fühlung haben. Wir haben eine Redaktionskonferenz der Arbeiterinnen eingeleitet, die selbst darüber beschließen, in welcher Weise ihre Zeitung ausgestaltet werden soll.

Genossen und Genossinnen! Bis jetzt ist es uns zu wenig gelungen, in die Betriebe einzudringen, um die Arbeiterinnen für uns zu gewinnen, darin muß unsere nächste Kampagne ihre Hauptaufgabe erblicken. Jedem muß es zur Pflicht gemacht werden, die Arbeiterinnen zu schulen, ihnen zu zeigen, wofür sie kämpfen müssen. Wenn wir uns dieser Pflicht bewußt sind, wenn wir bereit sind, in diesem Sinne, wie die 3. Internationale klar erkannt hat, zu wirken und zu arbeiten, so werden wir unsere Pflicht erfüllen. Die Revolution kann nur siegreich durchgeführt werden, wenn die proletarischen Frauen und Arbeiterinnen aktiv in den Reihen der Partei stehen.

Genosse Kemanu-Berlin:

Der Genosse Heinrich hat in seinen Ausführungen sich gegen

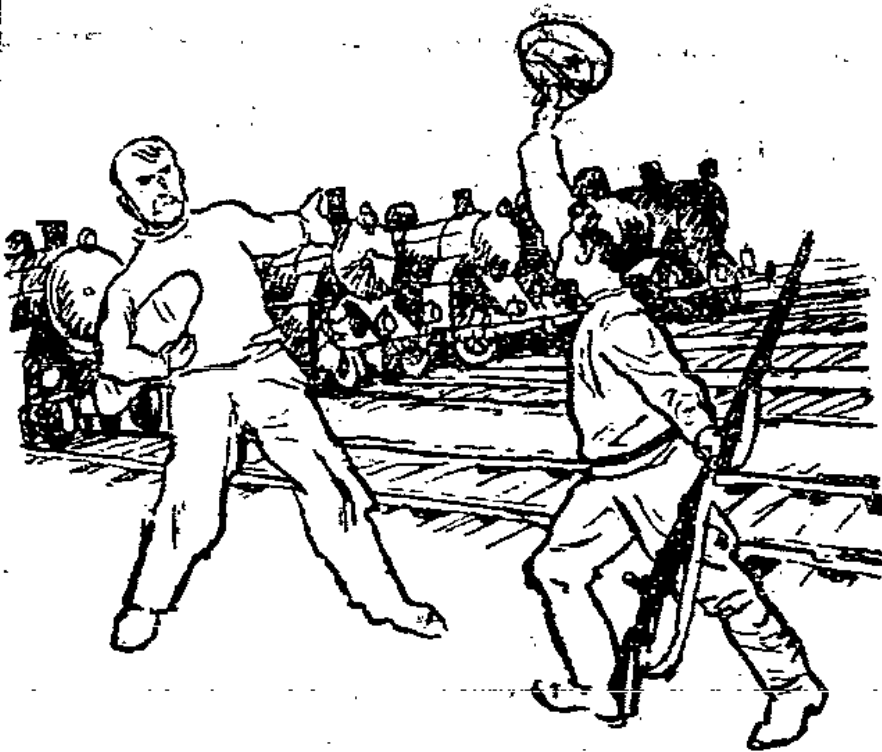
Trozkis Referat auf dem Kongress gewandt. Trozki zog aber in seinen Ausführungen lediglich den Schluß, daß das Kapital sich nur dann retten kann, wenn das soziale Gleichgewicht hergestellt ist. Dies zu verhindern, ist die Aufgabe der Kommunisten.

Wenn das Proletariat heute den wirtschaftlichen Kampf aufnimmt, so bedeutet das den Kampf um Übernahme der politischen und wirtschaftlichen Macht. Die sogenannte Linke hat die von ihr eingebrachte Resolution zwar abgeändert, aber trotzdem ist sie in ihrem Inhalt dieselbe geblieben. Wenn man sich auf den Boden der Beschlüsse des Kongresses stellt, so muß man dem Sinne der Kongressbeschlüsse entsprechend auch die Bekämpfung der auf dem Kongress abgelehnten linken Tendenzen in die Resolution des Parteitages bringen. Man hat die Lehren aus der Märzaktion noch nicht gezogen. Wir sind der Überzeugung, daß die Partei den Schaden der Märzaktion überwinden muß.

Genosse Sievert-Chemnitz:

Da die Kongressdebatte heute im Vordergrund des Interesses steht, ist selber bis jetzt noch keine Kritik an der Zentrale

Helft Sowjetrußland!



Lebt aktive Solidarität!

geübt worden. Es ist von verschiedenen Diskussionsrednern das Referat Trozkis in die Debatte gezogen worden. Leider ist bis jetzt das vollständige Referat noch nicht zur Verfügung und die vorhandenen Auszüge sind unvollständig. Ich glaube, daß es Trozki nie eingefallen ist, ein so starkes System aufzustellen, wie ihm von verschiedenen Genossen unterworfen wird. Der Brief des Exekutivkomitees hat die Berliner Genossen in große Aufregung gebracht. Es darf dabei aber nicht vergessen werden, daß es sich darin nicht nur um eine Stellungnahme gegen die linken Schreihälse in Berlin, sondern überhaupt handelt. Die linken Dummheiten haben viele gute Genossen zu den Opportunisten getrieben. Und sie sind ebenso schädlich gewesen wie Levis Verrat. Es ist ohne Zweifel überhebend, wenn die Berliner immer wieder behaupten, daß sie als erste den Kampf gegen Levi aufgenommen haben.

Wir erkennen allerdings an, daß die Berliner Genossen ehrlich bemüht waren, aus der Märzaktion zulernten. Trotzdem müssen sie gegen die linken Schreihälse Stellung nehmen. Das wichtigste Resultat des Moskauer Kongresses ist die Erkenntnis, daß wir die Massen für den Kommunismus gewinnen müssen. Die Aufgabe der Partei besteht nicht darin, sich zu viel vor dem Wort Opportunismus zu fürchten. Wir haben in der gegenwärtigen Zeit genügend Aufgaben vor uns. Die abgeänderte Resolution kann, abgesehen von einigen kleinen Punkten, in denen noch kleine Änderungen vorgenommen werden müssen, die Grundlage für die Resolution des Parteitages abgeben.

Genosse Thälmann-Hamburg:

Dieser Parteitag nimmt als erster Stellung zu den Beschlüssen des Weltkongresses. Ich habe den sogenannten Friedensvertrag in Moskau nicht unterzeichnet, weil die darin zugesandene Kritikfreiheit nach meiner Kenntnis der Dinge in

Deutschland mißbraucht werden würde. Ich muß noch einiges über die Haltung der deutschen Delegation in Moskau sagen. In der Delegation waren Differenzen.

Die Opposition hat die eigentliche Offensive, die von den Arbeitern als Aktivität aufgefaßt wurde, zur Theorie verwanbelt.

Wenn hier Kritik an Trozkis Referat geübt wird, so bedauere ich, daß unsere Theoretiker in Moskau es nicht getan haben. Es ist klar, daß die sogenannte Prosperitätsperiode des Kapitals in Deutschland anders verlaufen wird, als in anderen Ländern. Die Pflicht der kommunistischen Partei ist es,

an die Räte des Proletariats anzuknüpfen und so die Massen zum Kampf zu führen.

Trozki hat in Moskau stets versucht, die Opposition zu unterdrücken. Wenn in dem Brief des Exekutivkomitees von linken Dummheiten und Schreihälse gesprochen wird, so ist es vor allen Dingen notwendig, daß man klar ausdrückt, worin die Dummheiten bestehen und wer die Schreihälse sind. Die Opposition hat in Rußland sehr geschickt operiert, indem sie dort nicht mehr vom Märzputsch und Bakunismus sprach. Wenn die kommunistische Partei zentralisiert ist, so hat vor allen Dingen auch während des Märzkampfes die Pflicht bestanden, sich der Disziplin zu unterwerfen und mitzukämpfen.

Die kommunistische Partei hat die Pflicht, die Kämpfe des Proletariats bis zum Kampf um die Macht zu steigern.

Genossin Petlin:

Dieser Parteitag soll die Ergebnisse des 3. Weltkongresses unserer Internationale für die Theorie und Praxis der VKPD nutzbar machen. Die Zentrale hat keine sehr gute Einleitung dazu in der von ihr vorgelegten Resolution gegeben. Diese Resolution hat — abgesehen von ihrem unbestimmt gefassten schwammigen Inhalt — zwei Fehler mit Bezug auf die Märzaktion. Sie ist fehlerhaft in dem, was sie dazu sagt und in dem, was sie dazu verschweigt. Es heißt, daß die Partei durch die Disziplinlosigkeit, den Kampf ihres „früheren Vorstehenden“ wider sie, daran gehindert worden sei, rasch und vollständig die Lehren aus der Märzaktion zu ziehen. Das trifft nicht zu und trägt es zu, so wäre es ein Armutszeugnis für die Partei und insbesondere ihre Leitung.

Ich fasse allerdings das Vorgehen des „früheren Vorstehenden der Partei“ nicht als ein Kampf gegen die Partei auf, sondern als nötige Kritik an der Märzaktion und zumal der Parteileitung im Interesse der Partei.

Ich weiß, meine Auffassung ist nicht die ihre. Doch wie dem sei, jedenfalls ist es ein Widerspruch, daß die Partei, die man für stark genug hielt, der organisierten Macht der Bourgeoisie und ihres Staates zu widerstehen, nun so schwach sein sollte, sich die Gesetze ihres Handelns durch die Kritik, den Kampf in den eigenen Reihen vorschreiben zu lassen. Meines Erachtens hätte es die Parteileitung in der Hand, der Kritik zu begegnen, die sie als Kampf gegen die Partei und sich selbst empfand. Sie konnte dem die Spitze abbrechen, sie selbst brauchte nur die offensive rücksichtsloseste Kritik zu üben.

Gewiß, eine Kritik setzte ein, aber doch nur eine Kritik der größten organisatorischen Fehler und Mängel der Märzaktion, nicht eine Kritik des Hauptfehlers: der Theorie der revolutionären Offensive.

Nun zu dem, was die Resolution verschweigt. Es ist begreiflich, daß sie ausführlich die Anerkennung der Märzaktion als Kampf von Proletariern wiedergibt. Auch ich habe diesem Teil der These zugestimmt. Nicht als einen Kompromiß. Nein, weil es meiner Überzeugung entspricht, daß

die Märzaktion als Kampf von Proletariern ein Schritt vorwärts war.

Proletarier schüttelten die Resignation, die Passivität ihrer Klasse ab, sie häuteten sich wider den Kapitalismus auf, sie brachen das alte sozialdemokratische Dogma von dem Kampf mit den allein selig machenden gesetzlichen Mitteln, sie bereicherten und stärkten die junge und schwache Tradition der deutschen Arbeiter.

Ein Schritt nach vorwärts war auch der Wille der Partei, von der Propaganda zur Aktion überzugehen.

Verstehen Sie mich recht. Ich bin keineswegs der Auffassung, daß Propaganda und Aktion zwei voneinander getrennte Bereiche der Parteitätigkeit seien. Man tritt nicht mit einem Schritt aus dem Vorzimmer der Propaganda in die gute Stube der revolutionären Aktion. Die Richtung dieses Standes der Dinge ist einer der schwersten Fehler der revolutionären Offensive und ihrer Praxis in der Märzaktion. Die Anerkennung des Schrittes nach vorwärts und der Streit der revolutionären

Offensivtheorie durch den Weltkongress. Diese Ablehnung ist ein so wesentlicher Teil der Taktikfragen, wie die Anerkennung des Schrittes nach vorwärts. Die Zentrale hat in ihrer Resolution diese glatte, scharfe Ablehnung mit keinem Wort erwähnt.

Das Verschweigen der Ablehnung macht die Zustimmung des Parteitagess zur Resolution unmöglich. Die Stellung des Weltkongresses zur revolutionären Offensivtheorie war keine unglückliche Einzelheit. Ihre glatte Ablehnung steht im Zusammenhang mit der gesamten theoretischen und taktischen Einstellung des Weltkongresses und ist ein organischer Teil davon. Trotski's Auffassung, die sich der Weltkongress zu eigen gemacht hat, bedeutet nicht irgend welches Faktieren mit opportunistischer, zentristischer Theorie, nicht irgend welches Faktieren mit der Reingung zur Passivität. Umgekehrt, sie ist ein begründeter Appell an die höchste Aktivität der kommunistischen Partei, der proletarischen Massen.

Aber die Stellungnahme des Weltkongresses bedeutet eine Korrektur der bisher vorherrschenden Meinung innerhalb der 3. Internationalen, nämlich der Auffassung: weil die objektiven Bedingungen reif, überreif für das Verschwinden des Kapitalismus sind, müssen auch die subjektiven Bedingungen dafür reif sein. Einfach gesagt: die Menschen machen nicht bloß die Revolution, sondern sie machen die Revolution, wenn sie sie machen wollen. (Zurufe) Jawohl! Die Menschen machen die Revolution, die Proletarier müssen sie machen, wenn sie nicht verderben und sterben wollen. Aber die Proletarier machen die Revolution so — um mit Engels zu reden — wie sie sie machen müssen, d. h. entsprechend den gegebenen geschichtlichen konkreten Umständen. Genosse Trotski hat gezeigt, daß die objektiven Bedingungen zum Verfall des Kapitalismus führen.

Alle Versuche zum Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft rennen wider die Schranken ihres eigenen Defens.

Diese Versuche geschehen auf Kosten der gesteigerten Ausbeutung und Verflämung des Proletariats. Im Lohndruck des Kapitalismus kann es Kompromisse geben, aber, so betonte Trotski, Proletarier, laßt euch dadurch nicht täuschen, das Schicksal des Kapitalismus ist unabwendbar, wenn der soziale, der subjektive Faktor wirksam wird. Die Korrektur, die Erweiterung unserer Einstellung, die der kommunistische Weltkongress gebracht hat, steht im schärfsten Widerspruch zu der Auffassung der „Freiheit“- und „Vorwärts“-Leute; daß das Proletariat in Deutschland den Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft unterstützen müsse. Wir sagen mit Trotski und dem Weltkongress:

„Nicht der Proletarier ist es, die kapitalistische Wirtschaft zu füttern.“

Die Partei muß sich auf den Boden der Beschlüsse des 3. Weltkongresses stellen und alle zu gemeinsamer, einheitlicher Betätigung zusammenschließen, die sich mit ihr auf diesen Boden stellen, ohne Tendenzstreiterei nach rechts und nach links. Heißt der Zusammenschluß zu Arbeit und Kampf etwa, das Meinungsunterschiede vertuscht werden sollen? Keineswegs. Man soll sie austragen. Kritik ist eine Lebensnotwendigkeit für die Partei. Doch der Meinungskampf müsse sachlich, ehrlich und mit anständigen Waffen geführt werden. Genosse Thalmann hat behauptet, die Oppositionellen würden nicht ehrlich den sogenannten Friedensvertrag von Moskau durchführen. Ich frage, wo sind die Beweise dafür? (Zurufe: Gener, Züwelf und Senforten.) Wir sind der Auffassung, daß, wie die Moskauer Beschlüsse und die Bestimmungen des Friedensvertrages nicht hält, sich selbst außerhalb der Partei stellt. Wer das tut, weiß, warum er es tut, und ich bin der Überzeugung, daß er männlich und charaktervoll die Konsequenzen davon trägt.

Lassen Sie mich zu der Frage noch dieses offen ausdrücken: Ich halte die Bestätigung von Paul Levis Ausschluß aus der Partei durch den Weltkongress für einen unkonsequenten, politischen unrichtigen und ungerechten Beschluß. Der Kongress hat sich auf den Boden der grundsätzlichen politischen Auffassung von Paul Levi gestellt, er hat ihm sachlich recht gegeben. Das erhellt auch deutlich aus Levis Brief. Wie konnte er Levi deshalb wegen des organisierten Ungehorsams und Aufreißens der Partei den Beschluß des Weltkongresses. Ich bedauere ihn, nicht aus Gründen der Freundschaft, nein, im Interesse der Partei, die dadurch einen ihrer hervorragendsten politischen Köpfe und einen Mann von höchster Unerschütterlichkeit verliert. Aber ich sage eins hinzu, ich bin Mitglied der Vereinigten kommunistischen Partei, ich bin Mitglied der kommunistischen Internationalen, ich muß mich daher mit den Entscheidungen abfinden, ich respektiere die Gesetze der Disziplin.

Doch genug vom individuellen Fall. Schaffen wir die kommunistische Einheitsfront. Sie ist eine Vorbedingung für die Einheitsfront des Proletariats. Gewaltige Aufgaben stehen vor uns. Wir müssen die Führung des Proletariats im Kampfe übernehmen gegen den Finanzraub der Weltbanken, durch den die Massen der Arbeiterklasse verelendet werden. Gegen die verschärfte Ausbeutung und Verflämung des Proletariats, die Folgen der kapitalistischen Wirtschaft sind, wie auch der Versuch zu ihrem Wiederaufbau. Wir müssen den heiligen Kampf führen für die Erweiterung der politischen Macht des Proletariats und die Aufrichtung seiner Diktatur.

Denn der Kampf um die wirtschaftlichen Forderungen wird politischer Natur. Das Proletariat muß zum Kampfe geführt werden für die Verteidigung Sowjetrusslands. Die Voraussetzung für die Jungendgenossen muß mehr sein als geübte Solidarität. Sie muß ein Ansehen sein der besten Dankbarkeit, die das deutsche Proletariat den russischen Brüdern und Schwestern für ihren heldenhaften Kampf und ihr ebenso heldenhaftes Opfer und Entbehren schuldet. Unsere Aktion muß politischer Kampf sein gegen die Ausbeutung der schweren Situation in Rußland durch die Gegenrevolutionäre der ganzen Welt. Ein Kampf gegen die Furcht und Verleumdungen, ein Kampf, der die Bourgeoisie hindert, gegenrevolutionär gegen Sowjetrussland vorzugehen, ein Kampf, der sie zwingt, die wirtschaftlichen und kommerziellen Beziehungen zu Sowjetrussland zu unterbrechen. Schließen wir die Reihen für unseren Kampf. Kritik darf nicht länger bedeuten Selbstzerfleischung der Partei. Sie muß bedeuten Kampfbereitschaft. Arbeit und Kampf werden uns dann der Kritik zur Schwandung und Kraft erheben. Unsere Kritik muß sein: ein Schließen anderer Klassen, die sich gegen den Feind lehnen.

Nach der Rede der Genossin Zellin betraf die Besprechende eine dritte, von 6 Delegierten aus Oberösterreich, Salzburg, Barmenberg unterzeichnete Resolution, zu deren Begründung Genosse Kauter Oberösterreich ausführt: „Wir

sind zur Einbringung unserer Resolution dadurch veranlaßt worden, daß nur die Resolution der Zentrale und der Linken vorlag. Die Resolution der Zentrale müssen wir deshalb ablehnen, weil sie, indem sie überhaupt nichts sagt, den Zweck einer Resolution nicht erfüllt. Die Resolution der Linken greift nur Fälle aus den Thesen zur Taktik heraus, ohne Bezug zu nehmen auf die Ausführungen Trotski's, zu denen sie teilweise im Widerspruch steht. Die Kritik der Märzaktion kam erst dann auf, wenn wir daraus die notwendigen Lehren gezogen haben. Das ist bisher nicht geschehen und geschieht auch nicht durch die beiden vorliegenden Resolutionen. Die von uns eingebrachte Resolution bietet eine Grundlage, auf der wir zusammen arbeiten können, entsprechend den wirklichen Ergebnissen des Moskauer Kongresses. Wir ersuchen die Delegierten, unsere Resolution in ihren Grundgedanken anzuerkennen und sie der Reaktionskommission zu überweisen.

Die Resolution wird auf Beschluß der Reaktionskommission überwiegen.

Genosse Miller-Braunschweig:

Die Genossen der Opposition, die hier gesprochen haben, haben uns nichts positives gebracht, keine Richtlinien über den Weg, den wir gehen müssen. Man hat das Gefühl, daß diese Genossen noch zögern, ob es richtig ist, daß man die Linie der Aktivität gehen muß. Wir müssen unbedingt die Spekulation beiseite lassen. Die Märzaktion war trotz allem ein ganz enormer Fortschritt. Auf Grund ihrer Fehler haben wir viel gelernt und wir sind viel klüger geworden. Das Wort Offensive darf nicht militärisch, sondern psychologisch verstanden werden und dann heißt es nichts weiter als: Aktivität.

Und zur Aktivität sind wir bei der tatsächlichen Lage in Deutschland gezwungen.

Wenn der Dritte Kongress die Offensivtheorie mißverstanden und sie als ein Verbrechen hingestellt hat, so ist nur die Haltung unserer Delegation daran schuld. Es handelt sich darum, eine ganz klare und reine Linie zu schaffen, auf der wir alle insgesamt arbeiten müssen. Wir sind gezwungen, die Beschlüsse des Kongresses anzuerkennen und in ihrem Sinne zu arbeiten. Ihre Auslegung bestimmen nicht wir, bestimmt keine Spekulation, sondern bestimmt das Leben selbst. Und das Leben, die Lage in Deutschland insgesamt zwingt uns, den Weg der Aktivität weiterzugehen.

Wer Rußland nicht hilft, läßt seine Klasse im Stich!

Darum Genossen sammelt, damit wir den russischen Arbeitern und Bauern Maschinen und Werkzeuge, Medikamente und Kleider zur Verfügung stellen können.

Genossin Wagner:

Wenn man das Bild des Parteitagess ansieht, bemerkt man eine große Unruhe unter den Delegierten, eine Unachtsamkeit, die ich nicht nur auf die Rechnung der Müdigkeit der Delegierten lege, sondern auch darauf, daß Streben nach Harmoniebeweihe herrscht. Dadurch bleibt manches ungesprochen zum Schaden der prinzipiellen Klarheit, was notwendig hätte ausgesprochen werden müssen.

Wenn Sie nach Hause fahren, um Ihre Berichte abzugeben, denn erlaube ich mir, Sie zu bitten, daß Sie sich des Referat des Genossen Ernst Richter besonders durchlesen, da in diesem vieles ist, was vielleicht mehr zur Aufklärung der Fehler der Märzaktion beigetragen hat, als alle Harmoniebetreibungen.

Und wenn wir an das Resultat des Kongresses herangehen, dann ist es uns als deutsche Parteigenossen klar: Der Moskauer Kongress, er konnte nur die großen Perspektiven ziehen. Wir haben selbst zu Sittler in der Aktion gesittet, als daß wir es nötig hätten, uns von anderer Seite die Fehler nennen lassen zu müssen.

Aber wie alles kam, in der Beurteilung der Wurzeln der Fehler, da gehen wir auseinander. Und wir dürfen uns nicht vormachen, als ob die ganze Parteitreife nur gekommen sei, weil der gute Paul Levi einen so individuellen Charakter hat und keine Disziplin. Es ist falsch, aus dieser Kritik einen Fall Levi zu machen. Diese prinzipiellen Gegenstände werden nicht überwunden werden, wenn sie nur ausgesprochen werden. Und, Genossen, da muß man beginnen, wenn man diese Gegenstände erkennen will, und nicht etwa damit, daß man sagt, in Hamburg oder Berlin hätte ein Genosse das Wort Offensive zu feurig ausgesprochen, sondern damit, daß man die Situation in Deutschland, wie sie damals war, feststellt und dann die Situation speziell in der deutschen Partei analysiert. Da kann man ganz kurz sagen, daß die deutsche Arbeiter die Linie sich zu eigen gemacht haben, die notwendig ist. Die bitteren Erfahrungen und die vielen Opfer und Verluste, die die deutschen Arbeiter erlitten haben, geben gar keinen Anlaß und Grund, sich diese unpopuläre Offensivtheorie, wie sie manche Leute behaupten, weder theoretisch noch praktisch zu betreiben. Aber, Genossen, wer von Ihnen wagt, zu behaupten, daß irgend ein Mensch in der kommunistischen Partei Deutschlands solchen Anlaß bestreitet und jemals verurteilt habe?

Wie ist die Lage der Dinge? Die Dinge liegen in Deutschland doch so:

Die politische und ökonomische Situation ist mehr als in einem anderen Lande für die Revolution reif.

Aber die Befreiung dieser Lage, dieses wirtschaftlichen Zusammenbruchs Deutschlands entspricht zugleich der Versuch der deutschen Bourgeoisie, sich in rechtlicher und militärischer Weise energisch gegen die Arbeiterklasse zu wehren. Ich behaupte, daß die deutsche Bourgeoisie die Klugheitsmaßnahme der ganzen Welt ist, daß ihre Verbände der Einigung der revolutionären Forderungen innerhalb des Proletariats mit ungeheurer Energie betrieben werden. Im großen Ganzen kann man sagen, daß

die Bewegung der Arbeiterklasse, sei sie mit den Gewerkschaften zusammen, aber sei sie allein mit der kommunistischen Partei, wenn sie über einen bestimmten Punkt hinaus ist, zu bewaffneten Kämpfen mit der Gegenrevolution führt.

Und, Genossen, es ist kein Geheimnis, die Arbeiterklasse ist nicht bewaffnet, sie ist nicht einig, sie ist geschwächt durch tausend Meinungskämpfe, und die Erfahrung dieser Situation hat nicht nur in der U.S.P., nicht nur in der S.P.D., nicht nur in den Gewerkschaften, sondern auch in der K.P.D. jene Einstellung erzeugt, die erst die Garantie haben will, daß die anderen Parteien sich diesen Kämpfen anschließen, bevor sie es wagen, überhaupt etwas zu machen. Und weil wir das alles wissen, konnten sich jene Kräfte herausbilden, die sagen, man muß Aktionen machen, aber richtig. Das heißt praktisch, man kann überhaupt nichts Politisches machen, man kann höchstens eine parlamentarische Aktion machen.

Die kommunistische Partei wurde nicht gegründet mit den 21 Thesen, sie wurde nicht gegründet mit dem schönen Grimborium-Parteitag im Dezember 1920 — die kommunistische Partei wurde gegründet in den Monaten des Kampfes, die hinter uns liegen.

(Starker Beifall.) Heute ist trotz aller Kämpfe in der Masse das geboren, was die Arbeiter Deutschlands brauchen. Und wüßten die Gegner spotten, die deutschen Arbeiter wissen, was sie zu tun haben.

Wenn Sie also in die Bezirke gehen, machen Sie nicht nur in Harmoniebüferei. Gewiß, das Vergangene soll vergangen sein, aber

in der Zukunft, da wollen wir einen klaren, festen Weg gehen.

Ich behaupte, die Masse der Kommunisten in Deutschland, sie verstand das Wort, den Sinn der Offensive, und sie wird ihn weiter begreifen. (Stürmischer Beifall.)

Genosse Braß:

Die Genossin Wagner hatte unter Ausbringung all ihrer Lungenkraft (heißer Lärm, so daß Redner eine Zeitlang am Weiterreden gehindert wird), versucht nachzuweisen, daß sie die Offensive nicht gepredigt hat und daß all das Gerede von der Offensivtheorie und auch das, was darüber auf dem Kongress gesagt wurde, nicht stimmt. Aber die Kritik in der „Internationalen“ über die Notwendigkeit der Offensive lassen sich nicht abstreiten und ebenfalls lassen sich die Thesen, die auf dem Parteitag von Berlin-Brandenburg angenommen worden sind, nicht hinwegschaffen. Es ist notwendig, auszusprechen, was ist. Das müssen wir ertragen. Von diesem Gesichtspunkt aus müssen wir zu den Thesen des Dritten Kongresses sprechen. Die Anschauungen über die Offensive, die auch Genossin Wagner vertreten hat, sind ein Schaden, nicht nur der deutschen, sondern der gesamten internationalen Bewegung. Die Partei mußte aber schon vor dem Kongress alle ihre Fehler erkennen. Man durfte sich nicht durch Zwangsmaßnahmen der Organisation zum Gegenteil dessen, was politisch richtig ist, verleiten lassen. Es war auch eine Schwäche der Zentrale, daß sie diese Ideen propagiert hat. Was in Moskau festgestellt wurde, ist nicht von sogenannten Menschewisten festgestellt, sondern von alten Revolutionären.

Warum mußte also der Organisationsrahmen überspannt werden? Warum mußte die Meinungsfreiheit eingeschränkt werden? Darum, weil man diese Thesen propagieren wollte, deshalb mußte man zu diesen Zwangsmaßnahmen greifen. Die Genossin Wagner sagt, daß sie schon während der Märzaktion mit blutendem Herzen die Fehler der Märzaktion eingesehen hat, aber es ist eine Pflicht für die kommunistische Partei, und das wurde auch auf dem Dritten Weltkongress festgestellt, daß wir immer aussprechen müssen, was ist. Das Referat Trotski's, an dem heute so viele Genossen Kritik übten, wurde mit Absicht am Anfang erstattet, da es für die Thesen die Basis abgeben sollte.

Ich glaube auch nicht an die große Einigung.

Und es wird sich erst in den nächsten Monaten zeigen, wo die Partei in die Kämpfe eintreten wird, daß sie Fühlung mit den Massen zu finden versteht und das verlorene Vertrauen zurückzugewinnen hat. Da wird es sich erst herausstellen, wer auf dem Boden der Beschlüsse des Kongresses steht.

Die frühe Einberufung des Parteitages war ein großer Fehler. Man hätte ihn erst dann einberufen müssen, wenn die Beschlüsse des Kongresses ausführlich mit der Mitgliedschaft diskutiert werden können. Und auf Grund der Beschlüsse des Moskauer Kongresses hätten dann die Bezirke die Delegierten zum Parteitag senden sollen. Der Redner polemisiert gegen die Resolution der Hamburger Genossen, in der ein Passus aus dem Kongress angenommenen Thesen enthalten ist, in dem es heißt, daß die Partei unter bestimmten Umständen die Pflicht hat, als Partei vorwärtszugehen. Diese Einfügung sei irreführend, damit versuche man unter der Mitgliedschaft den Eindruck zu erwecken, als wäre die Offensivtheorie vom Moskauer Kongress gebilligt worden. Das dürfte nicht geschehen. Die Resolutionen, die man in die Reihen der Genossen hinausträgt, müssen so gehalten sein, daß jene Leute, die mit dem Munde die Offensivtheorie vertreiben, die aber im Herzen bejahend sich nicht auf Resolutionen stützen dürfen.

Dritter Verhandlungstag. Vormittags Sitzung.

Zu Beginn der Sitzung verliest Genosse Friesland folgende an den Parteitag gerichtete Begrüßungsdelegatur:

„Die Britische kommunistische Partei sendet der Vereinigten kommunistischen Partei Deutschlands, der Avantgarde des westeuropäischen Proletariats, in seinem Kampfe um die Befreiung der internationalen Arbeiterklasse blühende Grüße. In der Erkenntnis, daß nach dem Märzkampf und dem dritten Kongress der kommunistischen Internationalen die deutsche Partei an der Schwelle von unüberwindlichen Schwierigkeiten steht, sprechen die englischen Kommunisten das Vertrauen in ihre deutschen Genossen aus, daß sie auf ihrem jetzigen Kongress jene Lehren aus der Vergangenheit ziehen werden, die notwendig sind, um die deutschen Arbeiter fest auf den Weg der proletarischen Revolution zu führen.“ (Beifall.)

Die Komiteeleitungen der beiden kommunistischen Parteien Belgiens senden den zu ihrem Kongress vereinigten deutschen kommunistischen Kameraden ihren brüderlichen Gruß. Sie wünschen ihnen gute und fruchtbarere Arbeit. Es lebe die Vereinigte kommunistische Partei Deutschlands! Es lebe der Internationale Kommunismus!“

Ferner verliest der Vorsitzende folgende von Miller, Kommer, eingebrachte Resolution:

„Der Parteitag der K.P.D. verfährt mit gespannter Aufmerksamkeit die Vorgänge in Finnland (Saratka) und sieht den heroischen Willen des dortigen Proletariats, den Kampf aufzunehmen gegen den ungarischen Fortschritt.“

an die siegreiche Entschlossenheit. Nur der eigene geschlossene Kampf der Arbeitermassen gemeinsam mit ihren internationalen Klassenpartnern unter der klaren Parole des Sturzes der Bourgeoiseregierungen, kann zum endgültigen Siege der Arbeiterklasse führen.

Das jugoslawische sowie das ungarische Proletariat steht unter schwerem Druck der weissen Herrscherregierungen ihrer Länder. Der Parteitag der K.P.D. verfolgt mit warmstem Anteil die Leiden und Kämpfe der ungarischen und der jugoslawischen Arbeiterklasse und ist fest davon überzeugt, daß auch in diesen Ländern die Lage der Bourgeoisie gefährdet sein werden.

Es lebe das ungarische und jugoslawische Proletariat!
Es lebe der Kampf gegen den Terror der Bourgeoisie!
Es lebe die kommunistische Revolution!

Der Parteitag, der die Verlesung der Resolution mit starkem Beifall begleitet, stimmt ihr auf Antrag des Präsidiums ohne Debatte einstimmig zu.

B ü r n e r - B e r l i n :

Zur Geschichte der Offensivtheorie muß ich eine Reihe von Zitaten bringen. Zunächst:

Die K.P.D. als kleine Partei suchte in die großen Arbeiterorganisationen zu gelangen, um dort den Massen die Bedeutung des kommunistischen Kampfes des Proletariats, praktisch zu demonstrieren. Aber Massaktionen konnte sie selbst nicht unternehmen, weil sie keine Massen hinter sich hatte. Die vereinigte kommunistische Partei hat Kraft genug, um, wo die Ereignisse es erlauben oder es erfordern, auf eigene Faust in Aktionen zu treten... und sie wird fähig sein, Aktionen des Proletariats auszulösen oder sich an die Spitze der spontan entstehenden Aktionen zu stellen!

Das ist die Offensivtheorie, wie sie die Partei richtig verstanden hat und noch heute versteht, und dieses Zitat ist von Klara Zetkin, es steht im Manifest des Gründungsparteitags. Und nun weiter: In einem Protokoll der Zentralauswahlung vom 22. Februar heißt es:

Die Taktik der kommunistischen Internationale muß jedenfalls in der gegenwärtigen Situation eine Offensivtaktik sein.

Das sagte Paul Levi, der damalige Vorsitzende der K.P.D. Und derselbe Levi polemisiert eben dort gegen den späteren „linken Dummkopf“ Friesland, der gesagt hatte:

„Wir wünschen keine Aktionen, die an den Haaren herbeigezogen werden, damit man, sei es vor den deutschen Arbeitern, sei es vor der Exekutive, keine Aktivität betreiben hat.“

Paul Levi polemisiert gegen Friesland, weil man — offensiv sein muß. Klara Zetkin sagt nach der Märzaktion in der Zentralauswahlung vom 7. April:

„Ich teile die Ansicht nicht über Art und Weise, wie jetzt die Situation gemacht werden soll, obgleich ich durchaus dafür bin, daß die Partei zur schärfsten Offensivtaktik übergehen muß... Was nun die Sache selbst anbetrifft, so bin ich der Ansicht, daß die Partei in der gegebenen Situation durchaus verpflichtet ist, im Hinblick auf die nationale und internationale Bedeutung des Kampfes in die möglichst schärfste Offensivtheorie überzugehen.“

Und einige Seiten später spricht Klara Zetkin auf 2 Seiten ungefähr einmal von der Offensive, Offensive, Offensive, die die Partei zu unternehmen hat.

Es soll deshalb Schluß gemacht werden mit den Spitzel-Exkursen über „Offensivphilosophie“, und insbesondere sollten diejenigen, die Erfinder der Offensivphilosophie im Februar waren, Paul Levi und Klara Zetkin, nicht auf die „Offensivtheoretiker“ des März losgehen, die hier gar nichts erfunden haben. F. B. hat der linke Dummkopf M a s l o w in einem der vier Artikel gegen den deutschen Zerrut in der „Roten Fahne“ sehr scharf betont, daß dieser die Märzaktion künstlich zu einer Offensive machen will, während sie in Wirklichkeit nur eine offensive Defensive war, d. h. den Versuch, den Angriff des Göring — und aus diesem Angriff erwuchs die Aktion, wie in Moskau festgestellt worden ist, und nicht aus einer Philosophie heraus — abzuwehren und die Abwehr zu einem Angriff auszuweiten, ganz wie es die Moskauer Thesen heute verlangen. Und Malzahn sei auch noch ein Zitat gegönnt:

„Da kann auch ich das sagen, was Genosse Friesland vorhin ausführte: Auch wenn wir Kommunisten nur mit unserem Anhang eine Bewegung machen und wir dabei eine Niederlage erleiden, so kann diese unsere Partei nur stärken.“

Wenn Malzahn heute dieses Stück seiner Rede hört, wird er vielleicht sagen, „Heinrich, mir graut vor dir“. Und verlassen wir diesen Gegenstand und bemerken nur nebenbei, daß die privaten Thesen Thalheimer-Ruhns drüben einen schauderhaften Eindruck gemacht haben, und daß Thalheimer, der vor dem März die rechtlichen Theorien philosophisch begründete, plötzlich ein sehr linker Offensivtheoretiker wurde und daß er heute schon wieder nach rechts umgefallen ist.

Und ausgerechnet Kurt Geber hat in der vorletzten Zentralauswahlung mit Paul Levi zusammen die vom Zentralschluß angenommenen Thesen zu opportunistisch befunden. Also Schluß mit dieser Komödie.

Und nun muß noch die Resolution begründet werden, die von Wassertrante, Berlin und anderen großen Bezirken zum Weltkongress eingebracht worden ist. V r a s b beklagt sich geteilt darüber, daß die Parteikritik nicht zu ihrem Recht gekommen ist. Da muß gesagt werden, daß Schuld daran ist die Ledigruppe, die die Partei in einem Moment überfiel, wo Kritik notwendig war und wo sie gerade von den Linken bereits geübt wurde.

Was nun den positiven Gehalt der Thesen betrifft, die die Taktik festlegen, so glauben wir in unserer Resolution alles Wesentliche, und zwar schon vor den weisheitsvollen Belehrungen Malzahns festgelegt zu haben. Die Beschlüsse des Kongresses sind schon eher von Lenin nicht voll geachtet worden, der dem vom Kongress in Grund und Boden verhammten Levi in wesentlichen Punkten recht gibt. Die Beschlüsse des Kongresses weisen in die Zukunft, und die Aufgabe der Partei muß es sein, in die Zukunft zu sehen und Schluß zu machen mit den Debatten über die Vergangenheit. Das, was wir in der Resolution bringen, charakterisiert unserer Auffassung nach die Aufgaben der Partei in großen Zügen, die die Partei mit offenem Geiste zu erfüllen hat, wie ja auch die Thesen selbst feststellen, daß ohne offenen Geist keine kommunistische Partei denkbar ist. (Zweiter Beifall.)

H a m b u r g - S a m b u r g :

Es ist festzustellen, daß diejenigen Momente zur Beurteilung der Lage in Deutschland, die besonders hervorgehoben werden müssen, im Referat Trotski nicht scharf genug hervortreten. Wir müssen das nachholen, um für unsere Aktion den richtigen Boden zu finden. Als Hauptargument gegen die revo-

lutionäre Aktivität wurde gestern hervorgehoben, daß die Massen nicht reif sind. Wir müssen uns fragen, wie machen wir sie reif? Es geht nicht so, wie die Zentrale es getan hat, die nach ihrem Geschäftsbericht jede Woche einen Aufruf verfaßt hat. Auch heute soll wieder ein Manifest erlassen werden. Nicht das, sondern die Herausforderung unserer praktischen Aufgaben ist heute notwendig.

Im Referat M e h e r s wurde der ganze Umfang dieser Aufgaben aufgezeichnet. Wenn weiter gestern gesagt wurde, daß der 3. Weltkongress die politische Auffassung von Levi sich zu eigen gemacht habe, so müssen wir gegen diese Ansicht uns aufs schärfste verwahren.

Was Levi in den letzten Nummern seines „Sowjet“ schrieb, kann keine kommunistische Politik sein. — Die politischen Gegensätze, die mit disziplinären Maßnahmen nicht erlegt werden können, werden bei der Lösung der praktischen Fragen, vor die wir gestellt sind, von neuem ausstehen und sie müssen an Hand der praktischen Fragen ausgetragen werden.

Aber diese Auseinandersetzung wird nicht gefördert, wenn von außen, wie es in den drei Briefen von Lenin, Sinowjew und Kappel geschehen ist, teilweise ohne wirkliche Kenntnis der Verhältnisse eingegriffen wird.

Es kann auch nicht das Ansehen der Exekutive heben, wenn von drei Parteigenossen, die dem gleichen Komitee angehören, deren Rat uns natürlich von größtem Wert wäre, drei verschiedene Auffassungen vertreten werden. Wir müssen der kommunistischen Partei Rußlands von hier aus sagen, daß die Genossen, die private Briefe von so schwerwiegendem Inhalt schreiben, das nur auf tatsächlicher Grundlage tun dürfen, weil sie sonst nicht zur Klärung beitragen. Der Parteitag muß es auch ablehnen, daß die Thesen Ruhn-Thalheimer, die das Ansehen der ganzen Welt erregt haben, zur Grundlage der Kritik an der deutschen Partei gemacht worden sind.

H a m b u r g (H a l l e) :

Wie in der kommunistischen Partei Deutschlands eine opportunistische Richtung sich herausbildete, so auch in der Dritten Internationale. Die verschiedenen Richtungen entsprechen verschiedenen Gesichtspunkten. Nicht der aktive Geist, nicht der offensive Geist war der Fehler, sondern daß man die Märzaktion zur Grundlage dieser Offensivtheorie gemacht hat. Im Auftrage der Delegierten von Halle-Merseburg erkläre ich, daß wir uns der Erklärung der Berliner Delegation anschließen.

Am 3. September

ist die gesamte Arbeiterpresse der Welt der russischen Hilfsaktion gewidmet!

Am 4. September

sammelt das Weltproletariat für die hungernden Brüder in Sowjetrußland.

(Es wird der Antrag auf Schluß der Debatte gestellt.) Der Antrag wird angenommen. Daraufhin erhält zum Schlußwort das Wort Genosse H e d e r t :

Das Schlußwort des Genossen Hedert:

Nach meiner Überzeugung ist auf diesem Parteitag von den meisten Diskussionsrednern ein großer Fehler gemacht worden und zwar in der Kritik an Trotski Thesen und Referat. Die Genossen haben nämlich versucht, diese Thesen zu einer Privatarbeit Trotski zu stempeln. Dazu muß bemerkt werden, daß das eine Auffassung von diesen Genossen ist, denn die Thesen, die von den Genossen Trotski und Barga in einem Entwurf vorgelegt haben, wurden nach vielen langen Beratungen der Thesenkommission vorgelegt und e i n s t i m m i g von dem Weltkongress zu den feierlichen gemacht. Die Genossen müssen sich also überlegen, daß sie eine Polemik gegen die Beschlüsse des Weltkongresses führen, wenn sie solche Ausführungen, wie die Genossen Heinrich und Wagner und andere machen. Es ist dringend notwendig, daß das Referat Trotski gedruckt wird, damit die Genossen die Haltlosigkeit ihrer Argumente gegen Trotski einsehen.

Ich kann mich nicht einlassen, auf die falschen Darlegungen der Genossen Felix Schmidt und Karl Becker, die zuerst mit der Kritik begonnen haben. Ich betone, daß sie meiner Überzeugung nach eine falsche Einstellung haben. Etwas viel Schlimmeres als diese gegen Trotski gerichtete Kritik ist der theoretische Boden für diese Kritik gegen Trotski Thesen, den hier der Genosse Heinrich zu schaffen versucht hat. Ich halte es für notwendig scharf hervorzuheben, wie falsch die Argumentation des Genossen Heinrich gewesen ist. Er sagte in seinen Ausführungen: 1. Trotski stellte fest, daß der Kapitalismus sich wieder zu erholen beginnt, 2. stellt er die Frage, wie es möglich sei, daß die Gesellschaft unter diesen Umständen weiter existiere, unter diesen Zuständen der Konsolidierung des Kapitalismus in der großen Krise. 3. sagt er, die Revolution könne durch diesen Verkaufungsprozess keinen Ausstoß von außen bekommen, als den Trotski einen neuen Krieg zwischen England und Amerika bezeichne. Und dann stellt Genosse Heinrich die Behauptung auf, das sei eine Theorie, die im Gegensatz zu dem liehe, was Marx und Rosa Luxemburg gesagt haben.

Auf dem Weltkongress hat noch eine andere Frage eine große Bedeutung gehabt: das ist die Kritik, die an der Märzaktion geübt worden ist. Darüber und über den letzten Brief der Exekutive einige Worte. Die Kritik an der Märzaktion hat uns in der Art und Weise, wie sie von Trotski gegen uns geführt worden ist, auch nicht gefallen, nicht deswegen, weil er zu hart gegen uns gesprochen hat. Und wenn gesagt worden ist — und hier wende ich mich gegen die Kritiker von rechts —, die Märzaktion ist ein Schritt nach vorwärts, so wollte man damit noch viel mehr sagen, als aus den Ausführungen des Genossen Malzahn hervorging. Man wollte damit sagen: hier hat das Proletariat seinen Fehler gemacht, welche Fehler es gemacht hat und daß es sich nicht falsch einstellen darf dem Gegner gegenüber. Und das ist ein viel größerer Schritt nach vorwärts. Auch in der Niederlage, die wir erlitten, haben wir Kenntnisse gewonnen, sie sind nur zu teuer bezahlt worden. Genosse Urban-Galle hat in seinen einleitenden Worten das ganz richtig ausgeführt.

Sie muß noch einmal den Fehler der Märzaktion hervorheben. Sie hat auch nicht in der richtigen Richtung zu der Klasse befunden, ihr habt euch in dieser Bewegung von der Klasse iso-

liert. Die Masse hatte kein Verständnis für den Kampf, den ihr führtet. Und warum nicht? Weil ihr den Geist der Masse nicht genügend vorbereitet hattet auf diesen Kampf; weil ihr einen Desinfektionskampf gegen eine unerhörte Provokation der Regierung und ihrer sozialdemokratischen und unabhängigen Handlanger ungestraft habt auf eine Disziplinbewegung. Deshalb haben die Anhänger der K.P.D. und U.S.P.D. sich aufrichtig lassen gegen euch, statt gegen ihre verräterischen Führer. Das ist es, was zuerst gesagt worden ist.

Dann wurde gesagt: Ihr habt eure Kraft überschätzt und habt zuviel auf einmal verlangt. Und drittens wurde gesagt: Ihr dürft nicht so leicht hereinkommen auf eine Provokation eurer Gegner; sie wollen euch provozieren, um euch rechtzeitig die Köpfe abzuschneiden zu können. Sie laden euch vorzeitig heraus und ihr würdet esel sein, wenn ihr euch noch einmal herausladen lassen würdet. Ihr müßt ausweichen lernen und müßt lernen, euch das Schlachtfeld selbst zu wählen, wo euch der Gegner nicht schlagen kann.

Das ist das, was auf dem Kongress gesagt worden ist. Und ich glaube, wenn wir diese Auswertung der Thesen des Weltkongresses für uns als Ergebnis hinnehmen, dann brauchen wir uns untereinander nicht mehr zu zanken. Wenn wir bis zum nächsten Jahre im Sinne der Beschlüsse des Weltkongresses arbeiten, wird die Welt zittern vor den deutschen Kommunisten. (Beifall.)

Das Schlußwort zum politischen Bericht der Zentrale.

Genosse M e h e r - B e r l i n :

Von den Diskussionsrednern, die hier gesprochen haben, sind noch einmal alle die Argumente hervorgeholt worden, um die eigene Haltung in der Vergangenheit zu rechtfertigen. Trotzdem glaube ich, daß diese Debatten einen wesentlichen Fortschritt gebracht haben, denn nicht nur in Worten, sondern in der Praxis haben die beiden Richtungen erklärt, daß sie sich den Beschlüssen des Weltkongresses fügen. Und gerade die Genossen der Opposition haben hier gezeigt, daß sie nicht nur in Worten, sondern auch in der Tat die Beschlüsse des Weltkongresses anerkennen. Diese Anerkennung der Disziplin durch die Praxis ist etwas, was wir anerkennen und unterstreichen müssen.

Nun zu den Argumenten, die hier vorgebracht worden sind. Die Genossin Zetkin hat behauptet, daß die Beschlüsse des Dritten Weltkongresses anders lauten, als auf dem 2. Kongress die Lage angesehen worden ist. Es ist richtig, daß in einzelnen, der Internationale angehörenden Sektionen eine Auffassung vorhanden war, als ob der Sieg der Revolution auf der ganzen Welt bevorstände. Diese Auffassung ist auf dem letzten Kongress zurückgewiesen worden. Aber es ist unrichtig zu behaupten, daß die Beschlüsse des 2. Kongresses nur eingestellt waren auf diese kurze Sicht.

Ein paar Worte zu dem, was die Genossin Zetkin ausgeführt hat über ihre Stellung zu Paul Levi. Sie hat gesagt, daß sie es als ein Unrecht empfindet, daß der Weltkongress Paul Levi ausgeschlossen hat, und sie hat sich auch weiter geäußert über die persönlichen Qualitäten Levis. Die Person Levi als Person steht nicht zur Debatte, sondern die Politik Levis. Und der ganze Weltkongress hat beschlossen, daß dieser Disziplinbruch Levis ein Stoß gegen die Disziplin der Politik der Partei war. Deshalb haben wir heute als Partei uns über den Disziplinbruch hinweg mit der politischen Entwicklung Levis zu beschäftigen. Der gesamte Kongress hat vernunft, daß die Genossin Zetkin über diese Entwicklung Levis ein Urteil geäußert hat.

Nun zu der anderen Seite. Die Genossin Wagner hat hier ein Kompliment über meine Rede ausgesprochen und ich bedauere, daß ich das Kompliment nicht erwidern kann. Es ist doch richtig, das können wir nicht leugnen, daß die falsche Offensivtheorie in unserer Partei aufgestellt worden ist, daß diese gewirkt hat auf die Partei und daß auch die Zentrale dadurch, daß sie entsprechende Artikel in unserem Zentralorgan aufnahm, mit dazu beigetragen hat, diese Theorie auf die Massen einwirken zu lassen. Der Kongress hat diese Theorie zurückgewiesen, das müssen wir hier erkennen. Darüber hinaus muß festgestellt werden, daß in den breiten Mitgliedermassen zunächst das Wort Offensivtheorie gebraucht und verstanden worden ist als Gegensatz zur Passivität. Einzelne Genossen vom Spartakusbund wissen, wie ich über den Begriff Rechte und Linke denke. Entscheidend ist die politische Einstellung, aber nicht die Zugehörigkeit zu einer Gruppe oder Richtung. Wir haben nachzuweisen, welche politische Einstellung die richtige ist. Es handelt sich nicht darum, die Exekutivberechtigung für diese oder jene Gruppe in der Partei nachzuweisen. So muß unsere ganze Partei eingestellt sein.

Ein Wort über die Kritik, die in unserer Partei geübt wurde. Ueber allem muß uns stehen die Partei, die vor den größten Kämpfen steht, muß stehen die Partei, die die Verpflichtung hat, alle Kräfte, die nur irgendwie brauchbar sind, zusammenzufassen für den Kampf, der uns bevorsteht. Deshalb lehnen wir ab, pyrotechnische Bemerkungen, als geeignete Grundlage für diesen Beschluß halten wir die Resolution, die ihnen noch vorgelegt werden wird und hoffentlich ihre einstimmige Annahme finden wird.

Es steht fest, daß in Deutschland die Revolution die besten Aussichten hat, weil die Lage Deutschlands eine besonders schwierige ist. Es wird als Aufgabe unserer Partei in dieser Resolution u. a. bezeichnet, daß wir die Massen sammeln müssen für die kommenden Kämpfe. Weiter worden klar und formulierte die Forderungen ausgesprochen, die gemacht worden sind, d. h. die Lehren, die für die Zukunft zu besorgen sind. Der nächste Punkt der Tagesordnung wird ihnen Gelegenheit geben, die Anwendung dieser taktischen Einstellung im einzelnen zu konkretisieren. Aber schon hier muß festgestellt werden, daß unsere Partei den Kampf zu führen hat gegen die Bourgeoisie. Wir stellen nicht Thesen auf, um einzelnen Richtungen recht zu geben.

Die deutsche Arbeiterklasse befindet sich in einer Situation, wo sie zuerst daran zu denken hat, die Schläge abzuwehren, die auf ihr Haupt niedersausen und noch niedersausen werden.

Wenn wir die Thesen so auffassen, dann werden die Massen mit uns gehen und begreifen, daß nur der Kommunismus die Befreiung der Arbeiterklasse bringen kann. (Lebhafter Beifall.)

In einer persönlichen Bemerkung erklärt Genossin Klara Zetkin, sich zum Gedenke Levi nur mit den Vorgängen beschäftigt und darüber geurteilt zu haben, was dem Kongress vorlag. Sie habe kein Urteil darüber gefällt, was später kam. Da sie durch Krankheit verhindert gewesen sei, die betreffenden Nummern des „Sowjet“ zu lesen, sei sie bisher nicht in der Lage, darüber ein Urteil zu fällen. Gegenüber dem Genossen Sinowjew, der sie als eine der Mütter der Offensivtheorie hingestellt habe,

erklärt Genossin Zeitlin, daß sie allerdings wiederholt das Wort Offensiv gebraucht habe und daß sie es auch in der Zukunft noch oft gebrauchen werde. Aber so wie sie dieses Wort gebraucht habe, enthalte es einen wesentlichen Unterschied von der Theorie der Offensiv, auf der die Durchführung der Märzaktion basierte. Die Vorwürfe Hörners seien von Nabel (son auf dem Kongress erhoben worden. Sie wurden dort nicht nur von ihr zurückgewiesen, sondern auch von dem Führer der polnischen Delegation, der darlegte, daß die von ihr auf dem Zentralausschuß eingebrachte Resolution das gleiche enthalte wie die Ausführungen Nabels zu den Aufgaben der Partei, nur präziser und klarer gefaßt. Es würde Falsches nicht richtiger dadurch, daß man es wiederhole. Zu dem übrigen, was über ihr Verhältnis zu Paul Levi gesagt worden sei, müsse sie heute wenigstens noch erklären, daß ihr das Lob des „kleinen Levi“ noch immer lieber sei, als der Tadel des „großen Hörner“. (Beifall.)

Genosse Malahy

erklärt gleichfalls in einer persönlichen Bemerkung, daß das ihm von Hörner unterstellte Zitat aus seiner Rede auf dem Zentralausschuß bereits in Moskau angeführt worden sei. Dort wurde in einer Sitzung unter Beteiligung Nabels festgestellt, daß er genau das Gegenteil gesagt, den ihm untergeschobenen Gedanken nur als einen Gedanken Friedlands wiederholt und ihn unter Herbeiziehung praktischer Beispiele als völlig unrichtig zurückgewiesen habe. Die Schlussfolgerung Hörners also, nach der er sich sagen solle: „Heinrich, mir graut vor dir“, sei völlig hinfällig. Er könne statt dessen dem Genossen Hörner nur sagen: „Wan der Schredliche, auch deine Herrschaft geht zu Ende.“ (Große Heiterkeit.)

Genosse Börner

erwidert, daß die von ihm angeführte Äußerung Malahyns tatsächlich in dem offiziellen Protokoll enthalten sei.

Im Namen der Delegation von Berlin-Brandenburg gibt Genosse Kuppert folgende Erklärung ab:

Die Anschuldigungen, die erhoben worden sind von Seiten des Exekutivkomitees gegen die Berliner Organisation emhengen jeder Grundlage. Wir haben infolgedessen eine Sitzung mit dem Genossen Kolaroff, des Vertreters des Exekutivkomitees gehabt, wo wir ihn über unsere politische und organisatorische Tätigkeit unterrichtet haben. Genosse Kolaroff hat dort eine Erklärung abgegeben, die uns nicht genügt. Wir werden deshalb einen ausführlichen Bericht nach Moskau senden und sind überzeugt, daß dann das Exekutivkomitee seine Meinung ändern wird. Wir müssen aber das Exekutivkomitee warnen, sich von Genossen informieren zu lassen, die keine Verbindung mit der Organisation haben. Diese Angelegenheit ist nicht nur eine Berliner, sondern eine Angelegenheit aller der Organisationen, die genau so eingestellt sind wie die Berliner. Ich habe noch zu erklären, daß wir trotz der Anschuldigung der Exekutive in voller Weise nach wie vor unsere revolutionäre Pflicht erfüllen werden.

Folgende Bezirke haben die Erklärung der Berliner Delegation unterzeichnet: Mecklenburg, Pommern, Ostpreußen, Danzig, Niedersachsen, Nordwest, Wasserlande, Mittelrhein, Schlesien, Lausitz, Unterbezirk Solingen, Thüringen, Unterbezirk Sauer, Unterbezirk Hamm, Unterbezirk Dortmund, Delegation Halle-Weißeburg, Unterbezirk Buer-Reddinghausen, Duisburg, Mittelrhein, Russ. Seit. Unterbezirk Düsseldorf, Unterbezirk Hagen.

Politische Uebersicht.

Kann Deutschland bezahlen?

Kennes beginnt in der „Sunday Times“ eine Artikelreihe über die wirtschaftlichen Ansichten in Europa mit einem Artikel „Kann Deutschland bezahlen?“ In dem umfangreichen Zahlenmaterial, das Kennes nach dem letzten Reparationsabkommen Deutschland zwar eine Amnistie bis 1922 gewährt, daß das Einkommen dann jedoch auch nicht länger von Bestand sein könne, als die früheren Reparationsbedingungen der Alliierten, und daß es nächstes Jahr abgeändert werden müsse. Nach der Ansicht Kennes muß zwischen Februar und August 1922 umbelegt der Zeitpunkt eintreten, wo Deutschland seine Verpflichtungen nicht mehr erfüllen kann. Die von den Vereinigten Staaten beschlagene Werte von etwa 140 Millionen Pfund stellen deutsches Privatvermögen dar, und die mittel- oder unmittelbar Vererbung dieser Summe zu Reparationszwecken lasse die Schwächung von ausländischen Krediten auf breiter Grundlage an Deutschland zu, die den kritischen Augenblick zwar verzögern, auf die Dauer aber nicht verhindern könnten.

Ja einem Artikel in der „D.M.“ führt Kennes aus:

Die Gesamtzahl beträgt, da die deutsche Bevölkerung jetzt gegen 60 Millionen zählt, 1350 M. für jeden Deutschen. Mann, Weib und Kind. Auf der Trümpeler Konferenz wurde das deutsche Einkommen für den Kopf der Bevölkerung auf 300 Papiermark geschätzt. Diese Ziffer blieb wahrscheinlich damals hinter den tatsächlichen Verhältnissen zurück. Infolge des weiteren Vermögensverlustes der Mark ist sie auch sicherlich heute zu tief gegriffen. Die Ansetzung eines Einkommens von 5000 Papiermark für den Kopf der deutschen Bevölkerung würde eher das Richtige treffen. Auf dieser Grundlage berechnet, betragen die Reparationskosten den vierten Teil des deutschen National Einkommens. Wenn sich Deutschland auch die größte Sparmaßnahme anerkennen und so weit gehen, selbst die Kriegsanleihen nicht mehr einzulösen und die Zahlung der Kriegsschulden einzustellen, so könnten die Kosten für die totale Isolation wie für die zentrale Verwaltung Deutschlands kaum mehr als auf 1000 Papiermark für den Kopf herabgedrückt werden. Sie würden dann insgesamt 60 Milliarden betragen, eine Summe, die an die jetzige Vermögensgröße noch lange nicht heranreicht. Auf diese Weise würden 5 Proz. des deutschen Einkommens für die Steuern verausgabt werden.

Zwar könnte ein reiches Volk unter gewissen Umständen eine solche Last tragen. Aber man vergesse nicht — das oben von mir angelegte Jahreseinkommen von 5000 Papiermark für den Kopf der Bevölkerung kommt nach dem heutigen Wertstand 17 Pfund Sterling und in bezug auf seine Kaufkraft innerhalb der deutschen Grenze 5 Pfund Sterling gleich. Das bedeutet aber so viel, daß nach Abzug der Steuern das wöchentliche Durchschnittseinkommen auf den Kopf der Bevölkerung nach englischen Verhältnissen nur eine Kanjistrati von sieben Schilling (7 Schilling) betragen würde. Wenn man Deutschland eine Frist bewilligte, so würde sein Einkommen und damit auch seine Zahlungsfähigkeit wachsen, aber bei den gegenwärtigen Lagen, die das Sparen vollständig aufheben, ist ein allgemeines Sinken der Lebenshaltung viel wahrscheinlicher. Was es nun, so

frage ich, den Polizei- und Steuerbeamten irgendeiner Regierung, die die Geschichte kennen, möglich gewesen,

die Hälfte seines Einkommens aus einem Volke herauszupressen das sich in einer solchen Lage befindet wie das deutsche? Und doch habe ich mich in der Schätzung der Werte ganz besonderer Mühe hingewandt. Denn die gegenwärtigen Kosten für die Staatsverwaltung samt den Ausgaben für die Reparationsansprüche für 1922 ergeben für den Kopf der Bevölkerung 3200 Papiermark, während nach den letzten deutschen Statistiken das Einkommen des deutschen Volkes im Durchschnitt 4500 Mark beträgt. Dann kämen wir zu dem Ergebnis, daß nicht etwa nur die Hälfte, sondern zwei Drittel dieses Einkommens für die Reparation beansprucht werden.

Die erste Schlussfolgerung, die ich ziehe, ist also die, daß das neue Abkommen über die Reparationen zwar dem deutschen Volke eine Atempause bis 1922 gestattet; trotzdem bietet es ebenso wie seine Vorgänger keine Möglichkeit für eine dauernde Besserung.

Was die Rechtssozialisten und Unabhängigen den Arbeitern nicht zu sagen wagten, um sie von der notwendigen Empörung zurückzuhalten, eröffnen ihnen der englische bürgerliche Keynes. Die deutsche Produktion wird von den Kapitalisten der Entente in Fesseln geschlagen und muß von ihnen in Fesseln geschlagen werden, weil sie nicht dulden dürfen, daß das besiegte deutsche Kapital sich erholt, wenn sie ihren eigenen Untergang nicht noch beschleunigen wollen.

Das deutsche Proletariat soll die Reparationsleistungen aufbringen, von denen allein schon Keynes meint, daß sie unmöglich ausgebracht werden können, außerdem rechnen die deutschen Kapitalisten mit Milliardenprofiten aus Reparationslieferungen an die Entente und auch diese Milliarden sollen von den deutschen Arbeitern aufgebracht werden. Bei alledem liegen hunderttausende Arbeiter arbeitslos auf der Straße — die Kapitalisten treiben die Preise in die Höhe, steigern die Preissenner.

Die Rechtssozialisten und Unabhängigen bleiben weiter dabei, erst einmal zu beweisen, wie weit sie die deutschen Massen in die Not hineinzuführen geneigt sind, um so die Herzen der Ententekapitalisten zu erweichen. Die Führer der Rechtssozialisten und Unabhängigen müssen sehen, daß es nur eine Rettung gibt: Das deutsche Proletariat selbst muß die Gewalt über den deutschen Wirtschaftsansatz erringen, die Produktion muß von den Fesseln des Kapitals befreit werden, um nicht nur das deutsche Volk zu retten, sondern auch am Wiederaufbau der zerstörten nichtdeutschen Wirtschaft wirklich mitarbeiten zu können. Von der wachsenden Not werden die Arbeiter zur Kampffront getrieben, und die rechtssozialistischen Massen formieren sich zum Kampf. Da die Führer aber sehen, daß der Kampf ums Ganze gehen muß, ziehen sie sich nach rechts zurück, während die Massen nach links marschieren. Das Lobesurteil an den Massen vollziehen zu helfen, mögen die Führer der SPD. und USPD. bereit sein, die Arbeiter werden kämpfen.

Neue Steuerformen!

Der Oberlausitzer Bezirksrat des „neutralen“ Gewerkschaftsbundes der Angestellten am 21. August lehnte das Steuerprogramm der Regierung ab und nahm folgende Entschliessung an:

Die Erfüllung des Friedensvertrages ist nur möglich, wenn gleichzeitig ein Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft erfolgt. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist die Beseitigung der Schuldenwirtschaft des Reiches, der Länder und Gemeinden, sowie die Stilllegung der Notpresse. Die vorliegenden Steuervorlagen erfüllen diese Grundforderungen nicht, da trotz Erhöhung der Reichseinkommen ein ungebedeckter Fehlbetrag verbleibt, der durch neue Banknoten gedeckt werden muß. Neue Preissteigerungen und Lohnkämpfe mit ihren nachteiligen Folgen für das Wirtschaftsleben sind daher unvermeidlich. Diese Gefahr wird noch erhöht durch die leichte Abwälzbarkeit der direkten und indirekten Steuern auf die breite Masse der Verbraucher.

Der Bezirksrat ist der Meinung, daß die arbeitenden Kreise ihren Anteil an den Kriegslasten durch die jahrelangen Preissteigerungen und Einschränkungen der Lebenshaltung sowie durch die Lohnsenken bereits entrichtet haben. Er fordert daher als soziale Ausgleich eine entsprechende Besteuerung derjenigen besitzenden Kreise in Landwirtschaft, Handel und Industrie, die aus der Preissteigerung ungeheure Gewinne ziehen. Hierfür sind neue Steuerformen zu finden, die eine Abwälzung verhindern.

Selbst die neutralen Angestellten erklären sich also gegen jede Belastung der arbeitenden Massen mit den Wiederaufbaukosten und verlangen neue Steuerformen, die die Abwälzung der Verschulden verhindern. Diese neue Steuerform ist die Kontrolle der Steuerabführung durch die Arbeiter und Angestellten. Damit die Besizenden aber nicht auch daraus noch sich um die Leistungen herandrücken können, müssen die Arbeiter und Angestellten auch die Produktion kontrollieren. Die Abschaffung der Steuern der Kapitalisten ist eine Machfrage. Nur aus eigener Kraft können die Arbeitenden die Abwälzung der Lasten auf ihre Schultern verhindern.

Streiks und Lohnbewegungen im Reich.

Kasparung von 8000 Arbeitern der Unte-Hoffmannwerke in Breslau.

Da entgegen allen Vereinbarungen die Direktion der Unte-Hoffmannwerke in Breslau das neue Lohnabkommen für die Hilfsarbeiter erst vom 1. September an in Wirksamkeit treten lassen wollte, organisierte am 15. Juli, traten die Hilfsarbeiter in Breslau von etwa 3000 in den Streik. Demnach hat die Firma den Rest der Belegschaft, weitere 5000 Arbeiter, ausgeheert. Die Belegschaften in Breslau drücken mit der Generalausperrung aller Metallarbeiter.

Die Metallarbeiter und Feiger und die Metallarbeiter von den Elektrozählwerken in Landsberg a. Warthe sind in den Streik getreten, weil die jetzigen Löhne von 2,70 Mark bis 4,10 Mark nicht mehr ausreichen. Eine vom Sachverständigenrat zugewiesene Lohnzulage von 50 Pf. pro Stunde wurde von den Unternehmern abgelehnt, obwohl die Arbeiter sich zur Vertretung der Kostenaufgaben bereit erklärten, wurde sofort die technische Kontrolle eingeleitet. Die Unternehmern verlangen bedauerliche Wiederanstrengung der Arbeit und Auswahl der widerstandsfähigsten Arbeiter.

In Hamburg beklagten die Angestellten der Hamburger Elektrozählwerke und des Elektrozählwerkes Unterelbe, den Streik am 11. September zu kündigen und schon erhöhten

Sätzen im neuen Tarif eine Leistungszulage für die Monate August und September zu fordern.

Die Hamburger Feiger und Maschinisten, Sektion Groß-Schiffswerften, nahmen in einer Versammlung eine Resolution an, in der gefordert wird, daß die Lohnkämpfe einheitlich geführt werden und Lohnerbhöhungen von hundert Prozent zu verlangen sind. Vom Ortsratel wurde die Einberufung von gemeinsamen Demonstrationen verlangt.

Im Kampf der Arbeiter in den Kleinen Kleinbetrieben sind die Forderungen der Transportarbeiter von der Baderinnung, einigen Großbäckereien und vom Konsumverein bewilligt worden. In diesen Betrieben wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

In Dortmund hat ein Schlichtungsausschuß unter Vorsitz des Vertreters des Reichs- und Staatskommissars den Vinnenschiffen, Gruppe Westdeutsche Kanäle, eine 20prozentige Lohnerbhöhung ab 1. August durch Schiedspruch zugestimmt.

Zu den Lohnforderungen der Bergarbeiter erlassen die vier Bergarbeiterverbände folgenden Aufruf:

Kameraden! Die vier Bergarbeiterverbände haben für die Arbeiter aller Bergbaubetriebe Lohnerbhöhungen gefordert. Die Verhandlungen in Berlin am 19. August d. J. haben noch kein Ergebnis gezeitigt. Die Erhöhung der Löhne für alle Kameraden ist aber infolge der Steigerung der Lebenshaltungskosten unbedingt erforderlich. Die Organisationsvertreter werden alles aufbieten, um die Lohnbewegung zu einem erfolgreichen und schnellen Abschluß zu bringen. An alle Kameraden und insbesondere an die gewerkschaftlichen Organisationsmitglieder ergeht der bringende Ruf, in dieser Lohnbewegung gewerkschaftliche Disziplin zu üben und sich nicht vorzeitig in Rufe und Arbeitsniederlegungen einzulassen. Einzig und allein die Beschlüsse und Anweisungen der Bergarbeiterorganisationen dürfen befolgt werden.

Wenn hinter diesen Worten der wirklich ernst gemeinte Wille der Verbandsleitungen steht, der im Falle der weiteren Ablehnung der berechtigten Forderungen der Bergarbeiter zum einheitlichen Kampf führen muß, dann wird es keinen vernünftigen denkenden Arbeiter geben, der gegen den Aufruf etwas einzuwenden hätte. Doch nach den trüben Erfahrungen der letzten Jahre haben die Bergarbeiter alle Veranlassung, den Worten ihrer Führer mit dem größten Mißtrauen zu begegnen.

Die „Freiheit“ benützt in ihrer gestrigen Abendausgabe den Aufruf zu einem ebenso dummen, wie unbedingten Angriff auf die kommunistische Partei. Sie schreibt, daß die in dem Aufruf enthaltene Aufforderung zur gewerkschaftlichen Disziplin um so notwendiger sei, als die USPD „Bonzen, die vom Wesen der gewerkschaftlichen Bewegung keinen Schimmer haben“, den Versuch unternehmen, die Lohnbewegung mit der Gesamtlöhnbewegung der anderen Gruppen in Verbindung zu bringen. Es gehört wirklich die Borniertheit der „Freiheit“-Leute dazu, um in diesem Bestreben der Kommunisten eine Schädigung der Arbeiterinteressen zu erblicken.

Demonstration der Textilarbeiter in Stuttgart. 7000 bis 8000 Textilarbeiter demonstrierten am Nachmittag des 22. August in Stuttgart und überbrachten ihre Forderungen dem Büro des Unternehmerverbandes. Entschlossene Kampfstimmung herrschte unter den Demonstranten.

Für den obersten Betriebsratelkongress. Immer mehr Großbetriebe schließen sich dem Verlangen nach einem obersten Betriebsratelkongress an. Die Belegschaften der Kalkfesteinwerke in Ruda, die Konforbiagrube und die Leopoldgrube faßten Resolutionen, in denen sie gegen die Ausplünderung der Arbeiterschaft auf schärfste protestierten und die Forderung auf Einberufung des Betriebsratelkongresses aufs neue erhoben.

Eine Parade der bewaffneten Konterrevolution.

Berlin, 25. August. Unter dem ausdrücklichen Schutze der Regierung demonstrierte am gestrigen Nachmittage im Stadion in Berlin die bewaffnete und trotz Regierungsverbot uniformierte Konterrevolution unter dem Namen: „Frontläufertag“. Der ordnungsgemäße und monotontragende preußische Generalissimus, der seine „Geldentaten“ in der Stappe vollbrachte, stolzierte auf der Rennbahn umher, während vor dem Stadion und an der Haltestelle der Untergrundbahn die wirklichen Frontkämpfer — zerstückelte und blinde Kriegskruppen — in ihren Fahrzeugen gegen die nationalsozialistische Kriegsheke demonstrierten.

„General Graf von der Goltz“, hielt die Ansprache. Bemerkenswert daraus war ungefähr folgendes: Unbedingte Disziplin und Vertrauen zu den Führern, waren die größten Charaktereigenschaften des deutschen Heeres. Nur dadurch war es möglich, die schwierigsten militärischen Operationen durchzuführen. Unbesiegbar waren die deutschen Frontkämpfer im Felde. Erst schurkische Hochverräter, die in der Heimat ihr Unwesen trieben (Zurufe: Ebert — Scheidemann) brachten die Front zum Fallen. Eine Republik entstand, deren sich nunmehr Schieber und Bucherer erfreuen. Die deutsche Regierung aber hat jede Unterstützung für die Unterdrückten der gefallenen Vorkämpfer, die Deutschen in der Front verteidigten, ausgeschrieben. Sie hat unseren Kameraden, der Reichswehr, verboten, an der heutigen Kundgebung teilzunehmen. Wir sind aber der Hoffnung, daß diese Kameraden noch zu uns kommen werden. Für uns aber heißt es mutig und zuberstlich mit Gott für's Vaterland zu streiten. Dabei wollen wir auch eine Brücke schlagen zwischen uns und dem gemeinen Soldaten, und wir doch gemeinsam im Schützengraben gelegen. Wir dürfen uns nicht der Illusion hingeben, als würden Dekrete der Regierung das bedrängte Vaterland von Schmach und Schande befreien. Die Freiheit eines Volkes war immer noch geknüpft auf einen tatkräftigen geschlossenen Willen, eiserne Disziplin und eine feste Heeremacht.“

Nach „von der Goltz“ sprach Lubendorff, der selbstverständlich in dasselbe Horn, wie sein Vorgesetzter, trompetete: „An Stelle der alten Wehrmacht muß ein Erbsch gefunden werden, der das deutsche Volk zu aller Kampftüchtigkeit erzieht.“

So vollzieht sich der Aufmarsch der Konterrevolution. Die deutsche Regierung wird dagegen nichts unternehmen, verbannt sie ihr Bestehen doch nur jener parodierenden bewaffneten Mörderbände, die dazu da ist, das Proletariat, sollte es sich gegen die wahnwitzige kapitalistische Ausbeutung zur Wehr setzen, jeden Augenblick über den Haufen zu werfen. In dieser Regierung ist die SPD. Mitglied, und die USPD. unterstützt sie.

Die Rede von Genossen Jusephowitsch über die Aufgaben der Roten Gewerkschaftsinternationale.

Genossen! Im Namen der Roten Gewerkschaftsinternationale erlaube ich mir, den Parteitag der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands zu begrüßen.

Der Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale, welcher am 19. Juli 1921 geschlossen wurde, hat noch einmal die Tatsache unterstrichen, daß es notwendig ist, eine enge Verbindung nicht nur jetzt, sondern auch in späterer Zeit zwischen der Roten Gewerkschaftsinternationale und der kommunistischen Internationale, von welcher auch Ihr ein Teil seid, zu schaffen.

Der Kongreß der Roten Gewerkschaften war eine Heerschau aller revolutionären Kräfte der internationalen Gewerkschaftsbewegung.

Diese revolutionäre Heerschau hat gezeigt, welche Kräfte durch unsere einjährige Tätigkeit ausgelöst worden sind. Von den etwa 40 Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern der Welt sind nach vorsichtiger Schätzung heute schon 16-18 Millionen revolutionärer Arbeiter entweder Mitglieder oder Anhänger der Roten Gewerkschaftsinternationale.

Alle ehrlichen und revolutionär gestimmten Elemente im Proletariat wenden sich mehr und mehr ab von der arbeitgemeinschaftlichen und der Klassenversöhnenden Linie, die von der Amsterdamer Internationale propagiert wird, und wenden sich der revolutionären Kampftaktik zu, die von der Roten Gewerkschaftsinternationale als die einzige Taktik angesprochen wird, durch die das Proletariat befreit werden kann.

Die sich weiter verschärfende Wirtschaftskrise, die nicht wie frühere Krisen eine vorübergehende ist, vielmehr den vollständigen Zusammenbruch des kapitalistischen Systems bedingt, und die Verschärfung der Klassengegensätze in allen Staaten hervorrufen muß,

bietet uns die Garantie, daß die Rote Gewerkschaftsinternationale die Herzen der Arbeiter erobern wird.

Die bisherigen Ergebnisse der Arbeiten, die von uns in den Gewerkschaften geleistet worden sind, zeigen klar und deutlich, daß die bisherige Taktik der Roten Gewerkschaftsinternationale die richtige ist.

Ueber die Arbeit in der Partei.

Kommunistische Kerngruppen sind für die tägliche Arbeit auf verschiedenen Gebieten der Parteitätigkeit zu bilden: für Hausagitation, für Parteistudien, für Zeitungsdienst, für Literaturbetrieb, für Nachrichtendienst, für Verbindungsdienst usw.

Die kommunistischen Zellen sind Kerngruppen für die tägliche kommunistische Arbeit in Betrieben und Werkstätten, in Gewerkschaften, in proletarischen Genossenschaften, in Militärabteilungen usw. überall, wo es wenigstens einige Mitglieder oder Kandidaten der kommunistischen Partei gibt.

Die Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht in der Partei und die Organisation dieser kleinen Arbeitsgruppen ist insbesondere für kommunistische Massenparteien eine schwierige Aufgabe.

Es ist besonders wichtig, daß diese Neuorganisation von Anfang an mit Sorgfalt und vielseitiger Erwägung ausgeführt wird. Es wäre eine leichte Sache, in jeder Organisation alle Mitglieder nach irgendeinem formalen Schema in kleine Zellen und Gruppen einzuteilen und diese dann ohne weiteres zur allgemeinen täglichen Parteiarbeit anzufordern.

Es empfiehlt sich, daß die Parteileitung zuerst durch eingehende Beratungen mit mehreren tüchtigen Organisationsarbeitern, die zugleich auch fest überzeugte und begeisterte Kommunisten sind und über den Stand der Bewegung in den verschiedenen Kampfsphären des Landes genau orientiert sind, eine detaillierte Unterlage zur ersten Richtschnur für die Einführung dieser Neuorganisation ausarbeitet.

den deren Eroberung ist und muß das Ziel aller wirklichen Revolutionäre sein. Wie es bei der Zusammensetzung der Delegierten mit den verschiedensten gewerkschaftlichen Grundsätzen nicht anders sein kann, zeigten sich auf dem Kongreß große Meinungsverschiedenheiten.

Zu gleicher Zeit hat der dritte Kongreß der kommunistischen Internationale denselben Weg für alle Kommunisten der Welt einstimmig festgelegt, in der gewerkschaftlichen Bewegung für die Eroberung der Organisationen zu wirken.

am Vorabend großer Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit,

können wir uns den Luxus der Zersplitterung und gegenseitigen Belämpfung nicht mehr gestatten. Der zweite Parteitag der KPD, und die folgende Konferenz der Gewerkschaftsfraktionen müssen in der Frage der Gewerkschaftsarbeit nicht nur die von den beiden vergangenen Weltkongressen festgelegte Linie von allen deutschen Kommunisten dokumentieren, sondern diese Frage den Massen vorlegen zur Schaffung einer revolutionären Front.

Die Aufgabe der kommunistischen Partei ist es auch weiter, gegen irrtümliche Tendenzen innerhalb der eigenen Reihen mit aller Schärfe anzukämpfen.

Wir sind fest überzeugt, daß der jetzt keine Arbeit aufnehmende Parteitag für Deutschland eine Etappe darstellen wird, in der noch mit größerer Energie für die Eroberung der Gewerkschaften gearbeitet wird.

In den der deutschen Arbeiterklasse bevorstehenden wirtschaftlichen und politischen Kämpfen wird die Partei nicht mehr alleinstehen, mit ihr werden, gezwungen durch die wirtschaftlichen Verhältnisse, breitere Arbeitermassen den Kampf aufnehmen, weil es aus dem kapitalistischen Zusammenbruch keinen Wiederaufbau und auch sonst keinen anderen Ausweg gibt, als einzig und allein den schärfsten revolutionären Kampf für die proletarische Revolution.

Um die breiten Arbeitermassen mit unserem Kampfsitzel bekanntzumachen, ist es notwendig, daß wir alle Fragen nicht abstrakt behandeln, sondern daß wir uns bekanntmachen mit den Tagesnöten der Arbeiterschaft, daß wir nichts für zu klein erachten, um den Arbeitern in ihren Tagesnöten zu helfen, und dadurch die Arbeitermassen an uns heranzuziehen. Unter

allen Umständen müssen wir den Weg zu den breiten Arbeitermassen finden. Nie dürfen wir uns mit unserer Tagesarbeit einstellen, als ob die Massen zu uns kommen sollen, sondern wir müssen durch unsere praktische Arbeit und Parolen die Arbeiter zusammenbinden, um sie als Masse für den Endkampf in Bewegung zu setzen.

Heute noch sind die Gewerkschaften in den Händen der Agenten der Weltbourgeoisie, morgen aber können sie schon durch unsere praktische Arbeit Werkzeuge für die Weiterleitung der Revolution sein.

Dem ohne die Gewerkschaften, darüber müssen wir uns als Kommunisten vollständig klar sein, werden wir keinen revolutionären Kampf erfolgreich zu Ende führen können.

Konferenz der Bezirksausschüsse Waffentante, Nordwest und Niederrhein.

Die am 14. August in Bremen stattgefundene Konferenz der Bezirksausschüsse der Bezirke Waffentante, Nordwest und Niederrhein hat beschlossen, in allen größeren Orten der Bezirke an die Orts- und Bezirksstellen des KPD, und der Kja mit folgenden Forderungen heranzutreten:

- 1. Die Zusammenfassung der schon ausgebrochenen oder sich noch entwickelnden Lohn- und Gehaltsbewegungen, um sie mit größerer Macht und dadurch mit größerer Aussicht auf vollen Erfolg zeitlich gemeinsam zu führen.
2. Die Zentralvorstände des KPD, und der Kja sind von den Partellen aufzufordern, eine kampfbereite Einheitsfront für eine allgemeine, prozentual gleichmäßige Erhöhung aller Löhne, Gehälter und Unterstützungen zu organisieren und zu führen.
3. Zu fordern, daß die Ortsstellen sich für die Einberufung von gemeinsamen Demonstrationen durch die wirtschaftlichen und politischen Arbeiter, Angeestellten, Beamten, Arbeitslosen und Kriegssopferorganisationen gegen die Forderung und Steuern und für eine allgemeine Erhöhung der Löhne, Gehälter und Unterstützungen erklären.
4. Zwecks Stellungnahme zu diesen Fragen (gemeinsame Demonstrationen und Zusammenfassung der örtlichen Lohn- und Gehaltsbewegungen) werden die Partellen aufgefordert, sich für eine gemeinsame Sitzung aller örtlichen, wirtschaftlichen und politischen Arbeiterorganisationen zu erklären.
Außerdem sollen zur Teilnahme an der Demonstration gegen die Forderung und Steuern und für eine allgemeine Erhöhung der Löhne, Gehälter und Unterstützungen auch alle sozialistischen Parteien mit wirtschaftlichen Kampforganisationen des Ortes eingeladen werden.

tische Beispiele demonstrieren, wie die Aufgaben durchzuführen sind. Es muß ihnen dabei eingeprägt werden, vor welchen Fehlern sie sich besonders zu hüten haben.

Ueber den demokratischen Zentralismus.

Aus den Leitlinien des 3. Weltkongresses über Organisation.

Die Führung des revolutionären Klassenkampfes liegt bei der kommunistischen Partei und bei ihren führenden Organen die organische Verbindung von größtmöglicher Schlagkraft und größter Anpassungsfähigkeit an die sich verändernden Kampfbedingungen voraus.

Die erfolgreiche Führung setzt außerdem unbedingt die enge Verbindung mit den proletarischen Massen voraus. Ohne diese Verbindung wird die Führerschaft die Massen nicht führen, sondern bestenfalls hinter ihnen hergehen.

Diese organischen Verbindungen werden in der kommunistischen Parteiorganisation durch den demokratischen Zentralismus erreicht.

Der demokratische Zentralismus in der kommunistischen Parteiorganisation soll eine wirkliche Synthese, Verschmelzung des Zentralismus und der proletarischen Demokratie sein. Diese Verschmelzung ist nur auf der Grundlage der ständigen, gemeinschaftlichen Tätigkeit, des ständigen, gemeinschaftlichen Kampfes der gesamten Parteiorganisationen erreichbar.

Die Zentralisation in der kommunistischen Parteiorganisation bedeutet keine formale und mechanische Zentralisation, sondern eine Zentralisation der kommunistischen Tätigkeit, d. h. die Bildung einer starken, schlagfertigen und zugleich auch anpassungsfähigen Führung.

Eine formale oder mechanische Zentralisation wäre die Zentralisation der „Macht“ in den Händen einer Parteibürokratie zur Beherrschung der übrigen Mitglieder oder der außenstehenden Massen des revolutionären Proletariats.

In den Organisationen der alten, nicht revolutionären Arbeiterbewegung entwickelte sich ein durchgehender Dualismus von derselben Art, wie er sich in der Organisation des bürgerlichen Staates gebildet hatte: der Dualismus zwischen Bürokratie und „Volk“.

Die kommunistische Partei soll diese Gegensätze durch systematische, ausdauernde, politische und organisatorische Arbeit und mehrfache Verbesserungen und Revidierungen gründlich überwinden.

Bei der Umbildung einer sozialistischen Massenpartei in eine kommunistische Partei darf die Partei sich nicht darauf beschränken, nur Machtbefugnisse in die Hände ihrer Zentralleitung zu konzentrieren, im übrigen aber ihre alte Ordnung unverändert zu lassen.

Soll die Zentralisation nicht nur auf dem Papier stehen, sondern tatsächlich durchgeführt werden, so muß ihre Durchführung derart erfolgen, daß sie von den Mitgliedern als eine sachlich begründete Verstärkung und Entlastung ihrer gemeinsamen Tätigkeit und Kampfkraft empfunden wird.

Andernfalls erscheint sie den Massen als eine Bürokratisierung der Partei, die dann eine Opposition heraufbeschwört gegen alle Zentralisation, gegen jede Führung, gegen jede straffe Disziplin. Der Anarchismus ist der Gegenpol des Bürokratismus.

Die bloße formale Demokratie in der Organisation kann weder die Tendenzen des Bürokratismus noch die des Anarchismus beseitigen, denn auf ihrer Grundlage haben sie in der Arbeiterbewegung den Nährboden gefunden.

Breslauer Nachrichten.

Streik und Ausperrung bei Linke-Hofmann. Vor der Ausperrung sämtlicher Metallarbeiter.

Nachdem am Montag die Lohnarbeiter bei Linke-Hofmann durch passive Mißsitzung ihren Willen zum Kampfe bekundeten, zogen sie am Dienstag früh in geschlossenem Zuge, wohl 300 Mann stark, nach dem Gewerkschaftshause. Inzwischen haben die Unternehmer ihre Drohung wahr gemacht und haben die Arbeiter, zirka 7000 Mann, ausgesperrt. Am Mittwoch früh zogen diese in endlosem Zuge demonstrierend gegen Teuerung und Wucher und Erhöhung der Löhne fordernd, durch die innere Stadt. Die Lohnarbeiter, denen man eine sofortige wöchentliche Zuschußzahlung von 20 Mark zusagte, lehnten dies ab. Sie verlangten sofort 50 Mark mehr pro Woche, vorbehaltlich der Regelung mit dem Verband. Die Gewerkschaften versuchten mit allen Mitteln die Streikenden nach ihrer Verbandszugehörigkeit zu trennen. Die Massen erkannten aber diese Zerplitterungsmanöver und lehnten einmütig ein Auseinanderreißen ab.

Die Unternehmer drohen, wenn der Konflikt bei L.-H. nicht beigelegt wird, sämtliche Metallarbeiter auszusperrn. Die Arbeiter müssen dem zuvorkommen und ausgehend von den Forderungen, die das Ortskartell in seinem Plakat aufgestellt hat, in einheitlichem Kampfe ihre Forderungen durchsetzen. Es ist Zeit, daß herausgetreten wird aus dem Zustand der „Aufklärung und Gewinnung der Sympathie der öffentlichen Meinung“. Die Arbeiter Breslaus müssen erkennen, daß ihnen nicht gedient ist mit einer Lohnerhöhung von 50-60 Pf. die Stunde. Hat doch selbst die Regierung Wirth vorläufig 85 Pfennig Stundenlohnerhöhung zugesagt. Die Arbeiter und Beamten können auch dies nicht annehmen, sondern müssen einen wirklichen Ausgleich, der auch die allgemeine Verelendung durch das Sinken des Reallohnes berücksichtigt, verlangen, und diese Forderung mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln durchsetzen.

Es ist Feigheit und Verrat, wenn man in der jetzigen Zeit von Loyalität, von Einhaltung der auf Grund der Arbeitsgemeinschaft getätigten Abmachungen spricht. Nur schärfster Massenkampf, nur das Zusammenfassen aller Arbeiter zu einheitlichem Schlage gegen die ausbeutende und wuchernde kapitalistische Clique kann der Arbeiterschaft helfen.

Tesbalb, Metallarbeiter Schlesiens, verlangt in allen Orten eine sofortige Erhöhung der Löhne. Haltet Solidarität mit den Breslauern, mit Linke-Hofmann.

Zertrat für den Sieg, indem ihr den Kampf ausbreitet und geschlossen führt!

Lohnbewegung der Schuhmacher.

Die am 22. August 1921 stattgefundene Versammlung für alle im Schuhmacherhandwerk beschäftigten Personen wurde 7,30 Uhr vom Kollegen Ständer eröffnet. Auf der Tagesordnung stand:

1. Die Kündigung des Lohntarifs und die neuen Lohnforderungen.
2. Allgemeines.

Zu Punkt 1 nahm Kollege Reiner das Wort und führte aus, daß auf den Ruf nach Weltmarktpreisen die Arbeiter mit der Forderung nach Weltmarktlöhnen antworten müssen. Mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft für Getreide hat eine ungeheure Teuerungswelle eingesetzt. Noch nie hat das Unternehmertum so viel verdient, wie in dem angeblich armen Deutschland. Infolge des schlechten Zahlungszustandes ist es dem Ausland möglich hier billig einzukaufen, während wir Ausverkauf machen. Die Meisten brauchen den Unternehmern viele Aufträge, während die Schuhindustrie im Ausland nur 3 Tage arbeitet. Deutschlands Arbeiter verarmt, denn der Fabrikant fragt nicht, ob wir ein Feind oder ein Paar Schuhe haben. Beim Arbeiter holt man die Steuern durch Abzug vom Lohn, während die wahren Vermögen nicht eingezogen werden. Haben doch verschiedene Aktiengesellschaften bis 30 Prozent Dividende ausgeschüttet. Außerdem haben wir uns zur Wiedergutmachung verpflichtet und das Ausland sagt sich, wenn die Unternehmer solche hohe Gewinne haben, dann Deutschland auch zahlen. Bei einer Diktatur wäre es viel leichter, die Vermögen einzuziehen. Während der Lohn der Arbeiter das 8-10fache der Friedenszeit beträgt, sind die Produkte der Agrarier um das 20-30fache gesunken. Um sich vor weiterer Verelendung zu schützen, streitet die Arbeiterschaft zu Lohnbewegungen. Für alle nicht vollbeschäftigten, sowie handwerkstätigen Vermögenden wird nicht viel herauszubekommen sein. Es wäre deshalb Wille des ADSA, die Forderungen nach dem Ertragsminimum anzufassen und zentral zu regeln. Zu den entscheidendsten Berufen gehört das Schuhmacherhandwerk. Nicht einmal die Tariflöhne von 3,50-4,05 Mark werden bezahlt und Löhne von 100 Mark sind keine Seltenheit. Die Arbeiter erklären, sie können nicht mehr bezahlen. Kollege Reiner führt dann noch aus, daß, wenn die Lehrlingszukunft auf 10 Jahre unterbunden würde, der Bedarf an Gesellen immer noch gedeckt wäre.

Auf die Kündigung des Tarifes hat die Jugend komitee: Wir sollten sofort Forderungen aufstellen. Das dies nur Hörsen Worte sind, haben wir gesehen, daß die Jugend nach monatelangen Verhandeln den Tariftarif für Sektoren abgelehnt hat. Die zu wählende Lohnkommission wird die Forderungen aufstellen. Es besteht keine Aussicht, die Forderungen durch Verhandlungen durchzusetzen, sondern den Kollegen wird nur der Kampf übrigbleiben. Wir wollen uns deshalb nicht durch weichenlanges Verhandeln hinweglassen lassen.

Nach sehr lebhafter Debatte wurde folgende Resolution eingekracht und einstimmig angenommen:

Die am 2. August tagende Schuhmacherberausammlung fordert die Spitzenorganisation der deutschen Arbeiterschaft, den ADSA, auf, für alle in Lohn und Brot lebenden, eine allgemeine einheitliche, den Teuerungverhältnissen entsprechende Lohnforderung, mit der Festsetzung eines Ertragsminimums, zu stellen. Notwendig dazu ist die einheitliche Geschlossenheit der Arbeiterschaft unter Zugrundelegung der 10 Forderungen des ADSA.

In die Lohnkommission wurden 3 Kollegen gewählt, die ihre Arbeit sofort anzunehmen haben. Das Angebot der Unternehmer, den Schuhmachern in

den Fabriken eine Erhöhung von 80 Pfennigen für Arbeiter und 60 Pfennigen für Arbeiterinnen zu gewähren, wurde als ungenügend abgelehnt.

Militärischer Unfug.

Von zuverlässiger Seite wird uns geschrieben: Der Hörsche Selbstschutz, der angeblich aufgelöst und dessen Angehörige dem Zivilleben zurückgegeben worden sind, schmachtet in Wahrheit auf den Gütern der großen Kapitalisten herum. Einer der größten schlesischen Magnaten, Schaffaotsch, Heberberal beifolgtweise in der weltabgelegenen Kolonie Gr.-Nfer an der tschecho-slowakischen Grenze eine Kompanie und ebenso andere in den ihm gehörenden Walddörfern. Da oben verborgen bereitet man sich auf den Entscheid des Völkerbundes vor. Generalleutnant Höfer aber, der angeblich aus Mitteldeutschland Dantelgramme sendet, sitzt mit seinem ganzen Stabe im „großen Hauptquartier“ in Ober-Glogau bei Ratibor, jeden Augenblick zum Losschlagen bereit. — Es ist bezeichnend, daß diese Selbstschutzorganisationen unter der Maske ober-schlesischer Flüchtlinge auftreten, und es wäre wohl zu empfehlen, die überall auftauchenden „Oberschlesier“ einmal bei Licht zu besehen.

Aus dem Waldenburger Revier.

Nieder-Salzbrunn. Ueber den Verkauf der am 18. August in Altwasser stattgefundenen öffentlichen Volksversammlung, die von der Ortsgruppe Altwasser der BAP einberufen und von über 600 Personen besucht war, gerät die alte „moralische“ Lunte „Bergwacht“ in ihrer Sonnabendnummer vom 20. August in Schreikämpfe und zeternd und schwindelnd in ihrer bekannten Manier ihren Lesern das Unglaublichste vor. Lunte „Bergwacht“ schreibt in ihrem Artikel in der Einleitung, daß die enormen Preissteigerungen der letzten Zeit die unbemittelten Schichten der Bevölkerung zur Verzweiflung treiben und beklagt sich, daß diese unbemittelten Schichten nicht mehr Rat und Hilfe bei der SPD haben, bei der Partei, die angeblich für die Beilegung der kapitalistischen Wirtschaft ihr ein und alles einsetzen wollten, statt dessen seit Jahren drauf und dran ist, durch ihre Latit und falsche Kampfesweise die Arbeiter-

Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse!

Wollt ihr den Sturz der kapitalistischen Ordnung, die euch zu Fabrik- und Hausflaven macht, Wollt ihr den Aufban des Kommunismus, der euch vom Elend und von der Unterdrückung befreit,

dann werbt unermüdet für die kommunistische Presse. Jeder neue Leser ist ein Soldat in der Kampffront des Proletariats gegen den Kapitalismus, gegen den Brotwucher, den Steuerraub und die Verelendung der Arbeitermassen.

schafft immer mehr der kapitalistischen Profitwirtschaft aus-liefere. Lunte „Bergwacht“ entrümpelt sich gewaltig darüber, daß die Arbeiterschaft ihnen, den SPD-Führern immer mehr die Gefolgschaft verleiht und es endlich einzieht, daß die Arbeiter nur aus diesem noch nicht abzusehenden graujigen Elend, in welches sie durch den permanenten Arbeiterverrat dieser SPD-Führer gekommen ist, herauskommen kann, wenn sie sich der AP anschließen und selbst, ohne ihre SPD-Führer den Kampf mit ihren Klassengenossen von der AP für ihre Befreiung kämpfen. Als erster Diskussionsredner kam in der Versammlung der Reichstagsabgeordnete Franz zum Wort. Dieses große Licht schien aber während des Vortrages des Gen. Scholze an seinem Können selbst irre geworden zu sein, sonst hätte er nicht versucht, angesichts der streng sachlichen Ausführungen des Referenten die Versammelten mit den alten, seit langem abgelegten Ladehütern gegen den Kommunismus und seine Lehren zu langweilen. Daß die Versammlung für derartige Mänschen und Entstellungen gegenüber den sachlichen Ausführungen des Referenten kein Verständnis zeigte, ist mehr als begreiflich. Selbst die eigenen Parteigehörigen des Reichstagsabgeordneten Franz zeigten laut und deutlich ihre Ent-rüstung über das Auftreten ihres eigenen Führers, und da will ich Lantchen „Bergwacht“ noch entrümpeln und schreibt: Franz und die anderen beiden Größen, Reichstagsabgeordnete Franz Anjorge und der „große“ Hirsch wären nicht in der Lage gewesen, ihre Ausführungen in Ruhe zu dem Referat unseres Gen. Scholz zu machen. Kein, Lantchen, wenn du wieder einmal Berichte über Versammlungen der AP anjammst, in welcher Angehörige deiner Partei anwesend waren und den Versuch gemacht haben, ihren SPD-Standpunkt zu vertreten, dann bitte verlange auch von deinen Berichterstattern, daß dieselben dir keinen Varen aufbinden.

Wenn wir von einer ansführlichen Niederlage von all dem Woch, welches der große Franz in der Versammlung zu verzapfen versuchte, absehen, dann kann uns Franz und Lantchen „Bergwacht“ nur dankbar sein, daß wir die großen Geister nicht der Lächerlichkeit preisgegeben. Von der Genossin Anjorge sei nur noch erwähnt, daß dieselbe ihre in allen Versammlungen erzählte Geschichte mit viel persönlicher Hervorhebung ihrer eigenen Taten, die Arbeiterschaft auf den Stimmgabeln verkrüppelt, der alle aus diesem Elend befreien soll. Dem großen Betriebsräte-Sekretär Hirsch sah man gleich an bei seinem Auftreten, daß er selbst gewillt war, den schlechten Eindruck, den seine beiden vorher angeleiterten Parteigehörigen gemacht hatten, insoweit wieder gutzumachen, in dem er versuchte, trotz des Ernstes der Zeit den Humoristen zu machen. Sein Auftreten war rein humoristisch und wurde auch von der ganzen Versammlung dementsprechend bewertet. Wenn nun Lunte „Bergwacht“ in ihren Schlußbetrachtungen schreibt, sie müßte an dem gesunden Sinne der Arbeiterschaft verzweifeln, wenn diese Stimmung, die diese Versammlung für die Sache des Kommunismus zeigte, die maßgebende für die ganze Arbeiterbewegung sein sollte, so können wir Lantchen nur raten, in sich zu verzweifeln, denn diese Stimmung ist und soll noch überall da maßgebend werden für die Arbeiterbewegung, wo noch die Arbeiter hinter den SPD-Leuten herlaufen, dafür wollen wir uns mit allen unseren Kräften einsetzen. Daß es uns gelingt, diese Stimmung für die

Sache des Kommunismus überall zu entfachen, verdanken wir nicht zuletzt der arbeitserfindlichen Haltung unserer großen Freunde von der SP. Wir werden unseren Weg gehen zum Nutzen der gesamten Arbeiterschaft trotz Ver-zweiflungsgeschrei der Lunte „Bergwacht“.

Aus der Provinz.

Massenversammlung in Sagan.

Am 20. August fand hier eine von der BAPD einberufene Demonstrationsversammlung statt. Es waren über 3000 Personen anwesend, die unserem Redner stürmischen Beifall zollten, als er ausführte, daß die ungeheure Teuerung und die Abwälzung der Steuern auf die Arbeiter und Beamten nur beseitigt, zum mindesten gelindert werden, durch das Bekenntnis der Proletarier in dem ADSA und der AP zum revolutionären Massenkampf. Ein Teil des Ortskartells hatte durch ein Inserat von dem Besuch der Versammlung abgeraten, hatte aber den umgekehrten Erfolg.

Altwasser. Die Zastelle des Bergarbeiterverbandes Nieder-Altwasser hatte am Sonntag, den 21. August, einen Ausflug nach Felshammer gemacht, der von dem schönen Wetter begünstigt wurde. Leider ließ die Teilnehmerzahl viel zu wünschen übrig, trotzdem genügend die Ortsverwaltung für Bekanntmachung gesorgt hatte. Für Verköstigung und Belustigungen für die Kinder war ausreichend gesorgt worden, und den Teilnehmern wird dieser Spaziergang in guter Erinnerung bleiben. Es wäre zu wünschen, daß die Mitglieder bei irgendeiner Veranastaltung sich mehr beteiligen als es bei diesem Ausflug der Fall war.

Warnung! In der Nummer 187 vom Mittwoch, best 24. 8. 21, muß es heißen: In Schlesien treibt sich augenblicklich ein Flüchtling Josef P a t o r e l heißen.

Neuererscheinungen.

Die kommunistische Internationale Nr. 17, Verlag: Carl Soym Nachf. Louis Cahnbly, Hamburg, 560 Seiten, Preis M. 8.—. Drei Fragen sind es, die heute in das Bewußtsein eines jeden Proletariats treten und von ihm Stellungnahme, ja noch mehr: Handlung fordern, drei Fragen, die — jede für sich genommen — von ungeheurer Bedeutung sind und die zusammen das Wesen der Revolution ausmachen: Sowjetrußland, um das die Wünsche von Millionen Arbeiter kreisen, die kommunistische Internationale, in der die ganzen Kräfte des internationalen Proletariats konzentriert sind und die des kommenden Krieges. — Mitten in diese drei Probleme hinein führt uns die Nummer 17 der kommunistischen Internationale, die soeben im Verlag Carl Soym Nachf. Louis Cahnbly, Hamburg 8, erschienen ist. Dieses außerordentlich preiswerte Werk kann bezogen werden durch Kom-e-Bücherei, Breslau, Gräbischenerstraße 45.

Der „kommunistische Landarbeiter“

ist das Kampforgan der Landarbeiter,

Der „Flug“

das Organ der Kleinbauern.

Wer ihnen Leser gewinnt, trägt zur Aufklärung des Landproletariats bei und hilft die Macht der Junter brechen. Der „kommunistische Landarbeiter“ und der „Flug“ sind durch alle kommunistischen Buchhandlungen und Organisationen sowie durch die Post zu beziehen. Bezugspreis: Vierteljährlich 2,40 M. Einzelnummer 0,40 M.

Berichtungsstafel.

Metallarbeiterfraktion. Sonnabend abend 5 Uhr wichtige Zusammenkunft im Parteibüro.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Janus, Berlin. Verlag Sozialistischer Verlag, c. G. m. b. H. Breslau. Druck: Friedrichs-Druckerei G. m. b. H. Berlin SW 48.

Jedem, der Unglück hatte,

geschlechtskrank

zu werden, ist vor allem an einer schnellen und sicheren Heilung sehr gelegen. Verlangen Sie sofort ohne jede Verpflichtung gegen Einsendung von M. 2.— für Porto und Spesen auflaufende Broschüre über Heilung von Gonnorrhoeiden beiderlei Geschlechter, in frischen und ganz veralteten Fällen, von Syphilis ohne Berufsstörung, ohne Einspritzung, ohne Salvarsan und Quecksilber, von Manneschwäche (Erfolge bei allen Altersstufen), von Weißfluß. Zusendung in verschlossenem Doppelbrief ohne jeden Ausdruck, falls gewünscht, senden wir Broschüre unter Einschreiben. Leiden genau angeben, damit richtige Broschüre gesandt wird. Dr. med. G. Seemann G. m. b. H., Sommerfeld 718 (Bez. Frankfurt, Ober). Unter Spezialärztlicher Leitung. Achten Sie genau auf Adresse, da in letzter Zeit ähnliche Institute aufstehen. Schreiben Sie sofort, wir geben Ihnen auch seit langen Jahren bewährte Präparate an, die durch unsere Versand-Apothek ober jede andere Apotheke zu erhalten sind.

Sieben erschiehen: Soeben erschiehen:

Karl Radek

Der Weg der kommunistischen Internationale.

Preis Mark 1,50.

G. Snowjew

Die Kämpfe der kommunistischen Internationale.

Preis Mark 1,50.

Referate, gehalten auf dem 3. Weltkongress der Kom. Internationale.

Zu beziehen:

Komm. Bücherei, Breslau V, Gräbischener Straße 45.